



Wetzlar, 13.11.2019

EINLADUNG

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	8/2006-2011
Datum	05.03.2007 Fortsetzung: 09.03.2007
Uhrzeit	17:00 14.00 Uhr
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar
Sitzung	öffentlich

TAGESORDNUNG

TOP 1:

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2:

Fragestunde

TOP 3:

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

TOP 4:

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2007;

1. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2007
 - a) des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD),
 - b) der Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung,
 - c) des Besucherbergwerks „Grube Fortuna“ **Drucksache 52/2007**
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises - Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2007 - 1

TOP 5:

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren

Drucksache 47/2007

TOP 6:

Tariftreueerklärung bei Auftragsvergaben der Eigenbetriebe;
Antrag von SPD, FWG und B90/Die Grünen vom 09. Februar 2007

Drucksache 53/2007

TOP 7:

Altenhilfeplan;
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007

Drucksache 54/2007

TOP 8:

Demografische Entwicklung;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007

Drucksache 55/2007

Für den Fall, dass die Tagesordnung nicht vollständig abgehandelt werden kann, lade ich Sie zur Fortsetzung der Kreistagssitzung für

Freitag, den 09. März, 14.00 Uhr

in dieselben Räumlichkeiten ein.

Parkmöglichkeiten stehen Ihnen auf dem Bedienstetenparkplatz (zweite Einfahrt der Moritz-Hensoldt-Straße) der Kreisverwaltung zur Verfügung.

Den beiliegenden Antrag auf Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wollen Sie bitte ausgefüllt in der Sitzung abgeben.

gez. Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende

Beglaubigt:

Grygar
Büro der Kreisorgane

Wetzlar, 22. März 2007

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	8/2006-2011
Datum	05.03.2007
Sitzungsbeginn	17:05
Sitzungsende	21:20
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar

Teilnehmer/innen

Kreistagsvorsitzende

Müller, Elisabeth

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bastian, Klaus

Beer, Alexander

Bender, Matthias

Budde, Heiko

Eckert, Peter

Figge, Kurt

Frey, Dirk

Fünfsinn, Anja

Hackbusch, Dietrich

Horne, Eberhard

Hund, Helmut

Hüsken, Wilfried

Klier, Reinhard

Knöpp, Sascha

Kraemer, Rabea

Kreck, Matthias Gerhard

Lenzen, Jürgen

Löw, Franz-Ludwig

Müller, Hartmut

Müller, Jörg Michael

Petersen, Nicole

Preuschoff, Klaus-Jürgen

Reif, Clemens
Schönwetter, Tim
Silbe, Katja
Steinraths, Frank
Steinruck, Dieter
Würz, Elke

Mitglied der SPD-Fraktion

Aurand, Stephan
Bangert, Armin
Beimborn, Regina
Benner, Hans
Bergfeld, Heinz
Betz, Karin
Bökel, Gerhard
Dommert, Ulrich
Drill, Frank
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Förster, Eckehard
Froneberg, Walter
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Hartmann, Anke
Harz-Bornwasser, Rüdiger
Hensgen, Christel
Jung, Ursula
Lotz, Erika
Mörchen, Christine
Ratz, Gunter
Rauber, Heinz
Rauber, Kirsten
Rußmann, Klaus
Schmidt, Ingrid
Schmidt, Sigrun

Mitglied der FWG-Fraktion

Anschütz, Hans-Günter
Esch, Roland
Euler, Horst
Fuchs, Hans-Werner
Jeschke, Ralf
Ludwig, Jörg
Schmidt, Karin
Stahl, Rainer
Valet, Axel

Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen

Krohn, Malte
Öztürk, Mürvet
Polzin, Sabine
Rompf, Manfred

Tacke, Krimhilde

Mitglied der FDP-Fraktion

Franz, Brunhilde
Kornmann, Sigrid
Schmidt, Joachim

Mitglied der NPD

Zutt, Alfred
Zutt, Doris

parteilos

Sattler, Hans-Udo

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Hofmann, Wolfgang

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Wegricht, Roland

Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete

Kaufmann-Ohl, Günther
Droß, Steffen
Hilk, Helene
Hugo, Klaus
Landau, Ursula
Luh, Edgar
Reinschmidt, Wolfgang
Schneider, Karl-Heinz
Schüler, Karl-Heinz
Spieß, Udo
Weber, Bernd
Werner, Wilhelm

Schriftführer

Grygar, Norbert

Stellv. Schriftführerin

Biehl-Schneider, Marina

Von der Verwaltung

Kröckel, Dieter
Reitz, Friedhelm
Wagner, Manfred

es fehlen entschuldigt

Irmer, Hans-Jürgen, CDU

Metz, Helmut, SPD

Rompf, Markus, parteilos

Tegel, Adolf, Tierschutzpartei

Jackel, Hans, ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter

Spamer, Eberhard, ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter

Tagesordnung

TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2

Fragestunde

TOP 3

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;

hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden

Drucksache 59/2007

TOP 4

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2007;

1. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Wirtschaftsjahr 2007
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises - Fortschreibung 2007-

Drucksache 8/2006 - 1

TOP 5

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren

Drucksache 47/2007

TOP 6

Tariftreueerklärung bei Auftragsvergaben der Eigenbetriebe;

Antrag von SPD, FWG und Bgo/Die Grünen vom 09. Februar 2007

Drucksache 53/2007

TOP 7

Altenhilfeplan;

hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007

Drucksache 54/2007

TOP 8

Demografische Entwicklung;

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007
Drucksache 55/2007

TOP 9

Aufstellung Vorschlagsliste zur Wahl der Ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim
Verwaltungsgericht Gießen für den nächsten Kreistag
Drucksache 80/2007

Vorsitzende Müller eröffnet die 8. Sitzung des Kreistages des Lahn-Dill-Kreises. Sie begrüßt die Abgeordneten, Landrat Schuster, Ersten Kreisbeigeordneten Wolfgang Hofmann, Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Roland Wegracht, den Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Günther Kaufmann-Ohl und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer. Besonders willkommen heißt sie eine Delegation der Jungen Union Lahn-Dill und wünscht sich, dass der Besuch auch Schule für die anderen Jugendorganisationen der Parteien macht.

Vorsitzende Müller stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung wurde mit Schreiben vom 14. Februar 2007 form- und fristgerecht eingeladen.

Mit Ausnahme des Haushaltsplanentwurfes sind die Beratungsunterlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten mit der Einladung zugegangen.

Die Amtliche Bekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet erfolgte am 01. März 2007.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 21. Februar 2007 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt **Vorsitzende Müller** Bezug auf die Kreistagssitzung vom 29. Januar 2007, in der die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gießen beschlossen worden ist. Da bei der Abstimmung ein Formfehler unterlaufen ist, muss die Abstimmung heute wiederholt werden. Da jedoch die Angelegenheit nicht auf der Tagesordnung steht, ist die neue Vorlage als Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu nehmen, weil die namentliche Nennung der Vorschläge noch vor der nächsten Sitzung des Kreistages erfolgen muss. Daher bittet sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Vorsitzende Müller lässt über die Aufnahme der Drucksache Nr. 80/2007 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ohne Stimmenthaltung einstimmig zugestimmt.

Damit wird die Drucksache Nr. 80/2007 als Punkt 9 auf die Tagesordnung genommen, jedoch nach Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen, damit sichergestellt ist, dass noch heute über diese Vorlage beraten wird.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht, so dass diese als genehmigt gilt.

Für den Fall, dass die Tagesordnung für die heutige Kreistagssitzung nicht abgehandelt wird macht **Vorsitzende Müller** deutlich, dass die Fortsetzung der Sitzung für Freitag, den 09. März um 14:00 Uhr, vorgesehen ist. Dazu ergeht keine gesonderte Einladung.

Zu TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

Mitteilungen des Kreisausschusses

a) Orkan „Kyrill“

Landrat Schuster (SPD) berichtet, dass der Sturm „Kyrill“ im Landkreis knapp 430.000 Festmeter Holz vernichtet hat. Zum Umfang der Schäden der betroffenen Städte und Gemeinden macht er weitere Ausführungen. Die Forstbehörden gehen davon aus, dass man eine abschließende Schadensbewertung erst in ca. zwei Jahren vornehmen werden kann. Im Vergleich zum Orkan „Wiebke“ hat „Kyrill“ deutlich höhere Windbruchschäden verursacht.

b) Bleiberechtsregelung

Der Hessische Innenminister hat zum 08. Februar 2007 die Landräte und die Leiter der Ausländerbehörden zu einem Gespräch gebeten. Es geht um die Umsetzung der Bleiberechtsregelungen nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz. Er gibt den aktuellen Sachstand im Wesentlichen bekannt (siehe Vermerk der Abteilung Aufsichts- und Kreisordnungsbehörde vom 05.03.2007 (Anlage Nr. 1).

c) Förderperiode der EU 2007 - 2013

Für die Jahre 2007 – 2013 gibt es drei Programme der Europäischen Union zur Förderung der ländlichen Räume in Hessen. Dabei handelt es sich um das ELER-Programm, ein europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums. Dann gibt es die sogenannten „Ziel 2 Gebiete“, nämlich den europäischen Fond für regionale Entwicklung und schließlich noch den „ESF“, den sogenannten europäischen Sozialfond. Im ELER-Programm fließen ca. 218 Millionen Euro nach Hessen. Mit den Komplementärmitteln des Bundes und des Landes sind das dann insgesamt knapp eine halbe Milliarde Euro. EFRE bringt ca. 263 Millionen Euro nach Hessen, aus EU-Mitteln und von dem Sozialfond kommen etwa 186 Millionen Euro. Um an diese Zuschüsse zu kommen, benötigt man ein regionales Entwicklungskonzept, das im Kreistag bis zum 31. August zu beschließen ist. Der Kreisausschuss hat den Landrat beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten. Es ist eine Lenkungsgruppe eingesetzt worden, die diesen Prozess steuern und führen soll. Auf die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe geht er näher ein.

d) BIO-REGIO-Holz

Landrat Schuster (SPD) erinnert an den Beschluss des Kreistages in dieser Angelegenheit. Das hessische Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat mit Schreiben vom 08. Januar mitgeteilt, dass die Bewerbung des Lahn-Dill-Kreises auf Kreisgebiet sehr erfolgsversprechend ist, aber der Lahn-Dill-Kreis als Gebietskulisse zu klein erscheint. Daher sind Kooperationsmöglichkeiten mit Nachbarkreisen auszuloten. Aktueller Sachstand ist, dass der Lahn-Dill-Kreis mit den Landkreisen Marburg-Biedenkopf und Gießen gemeinsam an dem Projekt „BIO-REGIO-Holz“ teilnehmen wird.

e) Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Lahn-Dill-Kreis in den letzten 10 Jahren

Bemerkenswert ist, dass der Lahn-Dill-Kreis im letzten Zehnjahresschnitt einen Rückgang von 12,2 % zu verzeichnen hat. Damit ist der Rückgang im Lahn-Dill-Kreis deutlich stärker als der im Land Hessen, der mit 5,4 % durchschnittlich in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen war.

f) Ehrenamtscard

Staatssekretär Dirk Metz war im Lahn-Dill-Kreis zu Besuch. Ab 01.03.2007 ist die Ehrenamtscard auch im Lahn-Dill-Kreis eingeführt. Die ersten, die diese Karte erhalten haben, waren vier Feuerwehrleute, die unter Gefahr für ihr Leben Menschen gerettet haben. Er geht darauf noch näher ein.

g) Zusammenarbeit zwischen den Lahn-Dill-Kliniken und den Hoch-Taunus-Kliniken

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann (FWG) berichtet, dass die Aufsichtsräte beider Kliniken einer Kooperation dahingehend zugestimmt haben, dass die Apothekenversorgung federführend von den Lahn-Dill-Kliniken übernommen wird und Einkauf und Logistik federführend von den Hoch-Taunus-Kliniken. Man erwartet dadurch Vorteile, die sich bei den Lahn-Dill-Kliniken im sechsstelligen Bereich auswirken werden. Allerdings ist damit auch der Wegfall von Arbeitsplätzen verbunden unter Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen.

Mitteilungen der Kreistagsvorsitzenden

a) Mittelhessen-Konzept des Rhein-Main-Verkehrsverbundes

Vorsitzende Müller verweist auf das vorliegende Schreiben der Stadt Haiger mit der dazugehörigen Resolution und das Antwortschreiben des Rhein-Main-Verkehrsverbundes. Der Ältestenrat hatte in seiner letzten Sitzung festgelegt, dass zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft das Thema auf die Tagesordnung zu nehmen ist und dazu Vertreter des RMV und VLD eingeladen werden. Über diesen Sachstand hat sie Bürgermeister Dr. Zoubek informiert.

b) Normenkontrollverfahren „Zutt/Kreistag“ wegen Festlegung der Mindestfraktionsstärke

Die mündliche Verhandlung in diesem noch anhängigen Verfahren findet am 22. März 2007 beim hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel statt.

c) Sitzungstermine des Ausschusses „Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft“

Die Sitzungen dieses Ausschusses am 22. Juni, 31. August, 12. Oktober und 23. November 2007 beginnen bereits um 09:00 Uhr.

Zu TOP 2
Fragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

Vereinbarungsgemäß wird jetzt Tagesordnungspunkt 9 zur Beratung aufgerufen. Aus Gründen der besseren Übersicht erfolgt die Protokollierung in unveränderter Reihenfolge der Tagesordnung.

Zu TOP 3
Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 59/2007

Vorsitzende Müller berichtet, dass der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss sich in seiner Sitzung am 28. Februar 2007 mit der Vorlage befasst hat. Das Votum des Ausschusses kann aus dem verteilten Mitteilungsblatt entnommen werden. Sie fragt Ausschussvorsitzenden Müller ob er das Wort wünscht, was dieser verneint.

Abgeordneter Zutt (NPD) hält es für erstaunlich, dass nur eine Kommune des Lahn-Dill-Kreises ihre Stellungnahme zur Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises abgegeben hat. Sollte es so sein, dass man sich an die Misswirtschaft der Kreisfinanzen gewöhnt hat? Noch erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet die Stadt Aßlar, deren Bürgermeister eine tragende Säule des Linksbündnisses im Kreistag ist, eine Stellungnahme abgibt. Darin ist bemerkenswert, dass sie eine Misswirtschaft im Kreis aufzeigt, die von einer Nationalopposition, wie der NPD, nicht viel deutlicher hätte dargelegt werden können. Weiterhin ist erstaunlich, dass laut dem Schreiben der Stadt Aßlar unterschiedliche

Maßstäbe bei der Prüfung der Kommunen und des Kreises angelegt werden. So heißt es in der Stellungnahme: „Wenn für die Städte und Gemeinden dieselben Regeln wie für den Kreis gelten, kann der vorgelegte Haushaltsplan nicht genehmigungsfähig sein“. Er zitiert noch weitere Passagen aus der Stellungnahme der Stadt Aßlar. Das Schreiben der Stadt Aßlar hat Herr Esch als Bürgermeister, auch wenn nicht von ihm selbst unterzeichnet, zu vertreten. Die Konsequenz daraus kann nur sein, dass er auf sein Mandat als Kreistagsabgeordneter verzichtet, wenn er glaubwürdig sein will. Dieses Beispiel zeigt wieder einmal die Unglaubwürdigkeit der Systemparteien und deren Repräsentanten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass **Vorsitzende Müller** feststellt, dass die Drucksache Nr. 59/2007 durch den Kreistag zur Kenntnis genommen wurde.

Dagegen erheben sich keine Einwände.

Zu TOP 4

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises mit Anlagen sowie der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr/Wirtschaftsjahr 2007;

1. Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2007
 - a) des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD),
 - b) der Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung,
 - c) des Besucherbergwerks „Grube Fortuna“ **Drucksache 52/2007**
2. Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2006 - 2010
3. Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2007
4. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzepts des Lahn-Dill-Kreises - Fortschreibung 2007 -

Drucksache 8/2007 - 1

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die Drucksache Nr. 8/2007-1, und nachgereicht, die Drucksache Nr. 52/2007 zum Wirtschaftsplan 2007 der Grube Fortuna, vorliegt. Sie verweist auf die vorliegende Auflistung aller Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2007.

Die Anträge der Fraktionen konnten wegen des verspäteten Eingangs nur im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss beraten werden. Die Beratungsergebnisse sind in der Auflistung mit enthalten.

Abgeordneter Müller (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses. Die Änderungs- und Ergänzungsliste zum Entwurf des Haushaltsplanes (Stand 10.01.2007) ist den Ausschussmitgliedern zugegangen, wie auch die Anträge zum Haushaltsplan 2007. Die Beratungsergebnisse des Ausschusses liegen vor. Die Anträge der CDU-Fraktion wurden abgelehnt. Ein Antrag der CDU-Fraktion wurde zurückgezogen, nämlich der Antrag zu den Aufwendungen für Jugendhilfeleistungen durch Dritte. Ansonsten sind die vom Kreisausschuss und durch den Landrat eingebrachten Änderungsvorschläge und der Regierungskoalition mehrheitlich angenommen worden. Ebenfalls mehrheitlich beschlossen wurden die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe einschließlich der nachgereichten Drucksache 52/2007. Auch dem Investitionsprogramm wurde mehrheitlich zugestimmt wie auch zur Haushaltssatzung mit den eingebrachten Änderungen. Schließlich gab es auch eine Mehrheit für das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept.

Auf Befragen der **Vorsitzenden Müller** wird von den Vorsitzenden der Fachausschüsse keine Wortmeldung gewünscht.

Vorsitzende Müller eröffnet alsdann die Haushaltsdebatte.

Abgeordneter Zutt (NPD) hat, da seine Partei im Ausschuss nicht vertreten ist, noch Fragen zum Investitionsprogramm. Beim Kreisstraßenbau sind im Jahr 2007 mehrere Straßen im Plan nicht mehr vorhanden, wofür er keine Erklärung hat. Warum sind z. B. bei der Beseitigung des Bahnübergangs Daubhausen die 1,4 Millionen Euro in den Jahren 2006 – 2009 nicht mehr aufgeführt? Kölschhausen/Breitenbach ist von 2008 auf 2010 verschoben worden, warum? Wie auch Tringenstein von 2006 auf 2008/2009 verschoben wurde. Ferner sind die Mittel für den Ausbau der Straße in Vollnkirchen völlig gestrichen worden. Er führt noch weitere Beispiele von Straßen, die nicht mehr im Plan enthalten sind, auf. Er möchte wissen, warum die Ansätze gestrichen wurden.

Landrat Schuster (SPD) meint, dass die Maßnahmen im Geschäftsgang sind und die NPD durchaus hätte im Ausschuss Fragen stellen können.

Dem hält **Abgeordneter Zutt (NPD)** entgegen, dass er als fraktionsloser Abgeordneter im Ausschuss kein Rederecht hat.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) erinnert die Worte des Landrates bei der Einbringung des Haushaltes, dass der Lahn-Dill-Kreis ein familienfreundlicher Landkreis werden soll. Dies ist eine mutige These angesichts der Aufgaben, die der Lahn-Dill-Kreis zu bewältigen hat. Sie geht auf die Kommunalisierung und die damit verbundenen Belastungen ein. Die Opposition macht es sich einfach, wenn sie auf den Investitionsabbau bei den Schulbauten hinweist. Man muss sich auch fragen, warum sich das Land Hessen bei der Finanzierung der Schulbauten mehr und mehr zurückgezogen hat. Durch die Schulträgerschaft sind zwei Drittel des Kreisdefizits entstanden, so ist es bei den Bewirtschaftungskosten für Schulen zu gigantischen Steigerungsraten gekommen. Auf den Teilhaushalt 31 und die darin enthaltenen Steigerungsraten geht sie näher ein. Obwohl die Möglichkeit besteht, bittet der Lahn-Dill-Kreis die Eltern nicht um Kostenanteile zu den Schülerbeförderungskosten und das ist gut so. Hier trägt der Haushalt 2007 eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Man will, dass auch Kinder in einem Flächenkreis gute Bildungschancen haben und nicht benachteiligt werden. Auch zu den vorgesehenen Einzelmaßnahmen und den damit verbundenen Aufwendungen macht sie weitere Ausführungen. Bildung ist eindeutig ein Schwerpunkt im Haushalt 2007. Angesichts der steigenden Energiekosten wird die Koalitionsfraktion alle Möglichkeiten ausloten, um zu noch mehr Energieeffizienz zu kommen. Der Einsatz von regenerativen Energieträgern ist bei den Schulen kein Fremdwort mehr. Dieser Weg wird zukünftig verstärkt weiter bestritten. Auch auf den Bereich Kinder- und Jugendhilfe geht sie näher ein. Die beste Jugendhilfe ist die präventive Jugendhilfe, wozu auch die Frühförderung von Kindern gehört. Wenn der Lahn-Dill-Kreis bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter Drei Jahren hessenweit eine Spitzendarstellung einnimmt, ist dies die beste Investition, die man tätigen kann. Umso befremdlicher ist es für sie, wenn die CDU Mittel für ein Gutachten zur externen Organisation streichen will. Erst wenn man genaue Angaben über Abläufe und Organisationsstrukturen und Prozesse bei der Kreisverwaltung hat, können neue Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden. Dahingegen kam es der CDU bei der Erstellung von Gutachten im Bereich der Müllentsorgung auf 100.000 Euro mehr oder weniger nicht an. Der Kreishaushalt macht deutlich, wie schnell sich Berechnungsgrundlagen verändern können. Ein Beispiel dafür ist die Einführung der kostendeckenden Schulumlage. Bezüglich der Anhebung der Kreisumlage möchte die Regierungskoalition nicht, dass die Städte und Gemeinden doppelt belastet werden.

Man will auch nicht, dass durch den „hau-ruck-Stiel“ der Koch-Regierung Städte und Gemeinden keine verlässlichen Grundlagen für ihre Haushaltsplanung haben. Von daher wird der Antrag gestellt, auf die im Haushaltsentwurf 2007 vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um 0,25 % zur anteiligen Finanzierung des Defizits zu verzichten. Auf die einzelnen Anträge der CDU zum Haushalt geht sie näher ein. Das Haushaltsdefizit hat sich um rund 5,7 Millionen Euro verringert. Nichts desto trotz ist der Fehlbetrag weiterhin enorm hoch. Die Schwerpunktsetzungen des vorgelegten

Haushaltsplanentwurfes liegen eindeutig im Bereich Bildung, Jugendförderung und Soziales. Dieser Weg, den Landrat Schuster mit seinen Dezernenten gehen will, wird gemeinsam unterstützt.

Abgeordneter Schmidt (FDP) geht auf die veranschlagten 123 Millionen Kassenkredite ein, die seit dem Jahr 2003 explosionsartig in die Höhe gegangen sind. Bereinigt liegt der Fehlbetrag des Haushaltes bei rund 23 Millionen Euro, was etwa 8 Millionen Euro weniger als im letzten Jahr ist. Interessant ist auch der negative Finanzmittelbestand von 91,5 Millionen Euro, wobei auch interessant ist, dass die Summe aller Kredite des Kreises im Planungsjahr 246 Millionen Euro erreichen wird. Diese Zahlen belegen, dass die Lage nach wie vor dramatisch ist. Es zeichnet sich keine Wende ab. Weder auf der Landes- noch auf der Bundesebene sind wirkliche Bemühungen erkennbar, die Finanzen der Kommunen neu zu ordnen. Die im Land Hessen bewirkten Änderungen im Finanzausgleichsgesetz zu Gunsten der Kreise gehen zu Lasten der Städte und Gemeinden. Aus Sicht seiner Fraktion ist es keine Lösung, mit dem Finger Richtung Wiesbaden oder Berlin zu zeigen und darauf zu warten, dass irgendwann einmal Entscheidungen getroffen werden. Eigene Anstrengungen müssen unternommen werden. So sind durch seine Fraktion in den letzten Jahren Impulse zum Thema Haushaltskonsolidierung gegeben worden. Positiv festzustellen ist, dass bei der Regierungskoalition das Thema Haushaltskonsolidierung einen großen Stellenwert hat. Der Landrat ist bemüht, hier zu mehr Einheitlichkeit im Verwaltungsvorstand zu kommen. Die politischen Aufgabefelder des Kreises sind überschaubar. Was man braucht sind Konzepte, wie man in diesen Politikfeldern angesichts defizitärer Haushalte, hoher Kassenkredite, steigender Schulden bei gleichzeitig steigenden Kosten und absehbaren Folgen der demographischen Entwicklung, umgeht. Am Beispiel des „PPP-Projektes“ macht er dies deutlich. Dabei beschreibt er auch den Zustand der übrigen Schulen, der so nicht hingenommen werden kann. Für die nächsten Generationen sind Schulen in entsprechender Ausstattung und Einrichtung notwendig. Der zuständige Fachbereich unter Leitung des Dezernenten Wegricht ist dabei, sich diesen Aufgaben zu stellen. Dabei wird es darum gehen, mit welchen Standards an welchen Standorten, welche Schulen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung zukünftig angeboten werden. Seine Fraktion ist bereit, verantwortungsvoll mit diesem Thema umzugehen. Man hat die Hoffnung, dass sich alle Fachbereiche der Kreisverwaltung diesen und ähnlichen Aufgaben in gleicher Weise stellen. Seine Fraktion unterstützt nachhaltig den Weg, der im Bereich der Schulpolitik gegangen wird. Beim Thema Tourismus geht es darum, die Entwicklungspotentiale zu nutzen und sie in Gästezahlen und Arbeitsplätze umzuwandeln. Hier hat seine Fraktion auf die Notwendigkeit der Konzeptentwicklung und potentialen Nutzung hingewiesen. Es ist auf die Möglichkeit der Nutzung von EU-Fördermitteln hingewiesen und es sind andere Vorschläge unterbreitet worden. Leider musste man feststellen, dass man den dafür Verantwortlichen zum Jagen trage musste. In einem Gespräch mit dem Landrat hat man festgestellt, dass dieser klare Vorstellungen für die touristische Weiterentwicklung der heimischen Region hat und dabei die Realität nicht aus den Augen verliert. Wenn dann noch das Finanzproblem der Grube Fortuna in den Griff zu bekommen ist, ist man auf diesem Weg ein gutes Stück weiter. Die dazu notwendigen Impulse sind allerdings nicht vom zuständigen Dezernenten gekommen. Beim Thema Wirtschaftsförderung ist es ähnlich, wozu er weitere Ausführungen macht. Es muss ein Klima entwickelt werden, in dem sich heimische Unternehmen wohl fühlen, was auch überregionale Ausstrahlung hat. Beim Thema Gesundheitsförderung warten starke Herausforderungen auf den Kreis. In erster Linie muss es darum gehen, die Gesundheitsversorgung im Kreis auf einem hohen Niveau zu sichern. Jedes Warten bei der grundsätzlichen Problemlösung wird die Position des Lahn-Dill-Kreises verschlechtern und man läuft Gefahr, die Gesundheitsversorgung auf dem Stand, wie sie sich befindet, zu gefährden. Im Interesse einer optimalen Gesundheitsversorgung muss die Privatisierung mit einbezogen werden. Hier wünscht man sich von dem Dezernenten, wie von der Koalition insgesamt, Konzepte zur langfristigen und zukunftsorientierten Sicherung der stationären Gesundheitsversorgung. In diesem Zusammenhang lobt er die Quartalsberichte, die durch Herrn Dworaczek zu verantworten sind. Diese geben Hinweise zu Risikobewertungen und auch Risikoabschätzungen gehören standardmäßig zum Bericht, was in anderen Berichten, wo es dringend notwendig wäre, nicht der Fall ist. Was den Fachbereich 4 anbelangt, ist es eine falsche Botschaft, mit Blick auf die dargelegten Sparzwänge, für den ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten ein Dienstfahrzeug anzuschaffen. Den Haushalt hat man

sich genau angeschaut und eine Veränderung der Zielsetzungen aus den Zahlen nicht entnehmen können. Allerdings ist bekannt, dass der Haushalt in seinen Grundzügen schon länger im Entwurf erstellt wurde und noch nicht die Handschrift des neuen Landrates tragen kann. Es gibt allerdings Punkte, bei denen Veränderungen registriert und für richtig gehalten werden. Man verbindet dies mit der Erwartung, dass in allen angesprochenen Bereichen die Entwicklungsansätze weiter verfolgt werden und insbesondere im Fachbereich 2 eine Trendwende wie beim Fachbereich 3 eingeleitet wird. Dies hat der Landrat als Kämmerer und Vorsitzender des Verwaltungsvorstandes durchzusetzen und eine einheitliche Linie erkennen zu lassen und zu erreichen, dass alle Beigeordneten sich als Teil des Gesamten verstehen. Zusammenfassend stellt er fest: Das erste zarte Ansätze eines Sparwillens erkennbar sind, dass der Fachbereich 3 sich im Sinne seiner Fraktion an die Problemanalyse gemacht hat und in absehbarer Zeit mit Problemlösungskonzepten aufwarten wird, dass die Problemerkennntnis des Fachbereiches 2 den Ansprüchen nicht genügt und das der Landrat ernste Bemühungen erkennen lässt, eine einheitliche Linie des Kreises auch in anderen Fachbereichen durchzusetzen.

Dies heißt für seine Fraktion, dass sie sich bei den Abstimmungen zum Haushalt mit seinen Bestandteilen der Stimme enthalten wird, verbunden mit der Erwartung, dass der Landrat die Zeichen setzt, um das Stimmverhalten seiner Fraktion zu verändern.

Fraktionsvorsitzender Rompf (Bündnis 90/Die Grünen) lobt die konstruktive Kritik seines Vorredners. Er macht deutlich, dass der Haushaltsplan 2007 der erste der neuen Koalition ist und er die Schwerpunkte des Koalitionsvertrages zumindest ansatzweise widerspiegelt. Im Vordergrund steht die Konsolidierung des Haushaltes, eine kluge Personalbewirtschaftung, notwendige Investitionen in Betreuung- und in der Schulpolitik, Schwerpunktsetzung in der Jugendhilfe und das man sich den Anforderungen der demographischen Entwicklung stellen will. Für seine Fraktion besonders wichtig ist die ökologische Ausrichtung der Politik, wozu gemeinsame Anträge eingebracht wurden. Auf dieses Thema geht er näher ein. Was die Gesundheitspolitik anbelangt, steht man zu den öffentlichen Krankenhäusern, die in einen solchen Stand versetzt werden müssen, dass sie auf dem Markt existieren können. Die Haushaltsrahmenbedingungen, die der Lahn-Dill-Kreis nicht zu verantworten hat, prägen im Wesentlichen diesen Haushalt, wobei er auf die Ursachen der Fehlbeträge und den Auflagen des Regierungspräsidenten näher eingeht. Die hessische Landesregierung hat die Kommunen in den letzten Jahren chronisch unterfinanziert. Erst durch den enormen Druck des hessischen Landkreistages und der anderen kommunalen Spitzenverbände hat sich die Landesregierung endlich daran begeben, im Finanzausgleichgesetz kleine Schritte zur strukturellen Veränderung der Finanzierung der Landkreise einzuleiten. Er begrüßt, dass es zukünftig eine kostendeckende Schulumlage geben wird und dass die Sonderstatusstädte nicht mehr diesen Status haben. Zu den Auswirkungen der erhöhten Steuereinnahmen macht er weitere Ausführungen. Er kritisiert, dass die hessische Landesregierung die Bemessungsgrundlage für die Kreisschulumlage von 95 auf 100 % erhöht hat wie auch die Heraufsetzung des Gemeindeanteils bei der Einkommens- und Umsatzsteuer auf 100 %. Das führt dazu, dass je nach Rechenart, der Hebesatz der Kreisumlage sich von 1,5 – 1,7 %-Punkte erhöht. Daher der Antrag der Regierungskoalition, die Kreisumlage nicht noch weiter zu erhöhen. Die Landesregierung hat erhebliche Mittel bei den sozialen Zuwendungen gestrichen, wobei gesagt wurde, dass die ersparten Mittel für das sogenannte Bambini-Programm verwendet werden sollten. Das Programm ist zwar in Ordnung aber die Kommunen haben es zu finanzieren und nicht das Land. Mit der Entscheidung, die Kreisumlage nicht noch weiter zu erhöhen, erhofft man sich, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Investitionen zu erhöhen um damit das Handwerk zu stärken und somit auch Arbeitsplätze zu sichern. Erwähnenswert ist auch, dass die LWV-Umlage nicht weiter gestiegen ist und sich der LWV auf einem guten Weg der Konsolidierung befindet. Trotz alledem ist der Haushalt ein schwieriger. Von den 20,7 Millionen Euro an Verbesserung kommen tatsächlich nur 7,5 Millionen an. Auch hierauf, wie zu den Transferleistungen macht er weitere Ausführungen. Man hat weiterhin einen hohen Fehlbetrag, der für alle Aufgabe ist, gemeinsam für eine Konsolidierung zu sorgen. Ebenfalls nicht schön zu reden ist die Höhe der Kassenkredite und das man weiter eine Nettokreditaufnahme von 3,8 Millionen Euro benötigt. Man hofft, dass durch die wirtschaftliche

Belegung insgesamt die staatlichen Haushalte verbessert werden. An einigen Beispielen macht er die Schwerpunkte der Grünenpolitik deutlich. Herr Kaufmann-Ohl als Mitglied des Verwaltungsvorstandes trägt Verantwortung für den Bereich Arbeit, Soziales und Integration. Mit dem Beschluss, die Mehrheitsanteile der ARGE zu übernehmen trägt der Landkreis eine hohe Verantwortung für das Klientel der ARGE. Die Mitarbeiter haben endlich durch die Übernahme eine Sicherheit, um sich ihren wesentlichen Aufgaben widmen können. In seinem weiteren Redebeitrag geht er auf die Erfolge in der Arbeitsvermittlung der ARGE ein. Zukünftig wird man sich damit auseinandersetzen müssen, dass Weiter- und Fortbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen immer höheren Stellenwert bekommt. Hier ist auch die Lahn-Dill-Akademie gefordert. Im Bereich der Altenhilfeplanung geht man einen guten Weg. Im Lahn-Dill-Kreis hat man für die pflegebedürftigen Menschen gute Angebote. Die Altenpflegeschule in Haiger entwickelt sich immer mehr zu einem Kompetenzzentrum. Alle Absolventen dieser Schule haben feste Arbeitsplätze erhalten. Der Lahn-Dill-Kreis ist familienfreundlich und hier hat man auch Akzente gesetzt. Es werden dringend weitere Betreuungsplätze benötigt und es ist kleinkariert, sich auf der Bundesebene darüber zu streiten, wie dies zu finanzieren ist. Trotz der schwierigen Haushaltslage wird man weiter investieren. So sind beispielsweise 8,3 Millionen Euro für das Schulbauprogramm eingesetzt. Die Regierungskoalition tritt auch für eine aktive und präventive Jugendpolitik ein, wobei man sich fragen muss, ob der Kreistag alles tut, dass Jugendamt in die Lage zu versetzen, den schwierigen Aufgaben gerecht zu werden. Sollte man erkennen, dass die unternommenen Anstrengungen nicht ausreichend sind, muss unterjährig reagiert werden. Im Gesundheitsbereich sind die Lahn-Dill-Kliniken auf einem guten Weg und sie sind eine der kommunal geführten Kliniken im Lande Hessen, die keine Roten Zahlen schreibt. Trotzdem muss man weiter darüber nachdenken, wie die Gesundheitsversorgung verbessert werden kann. Stichwort „Integrierte Versorgung und medizinisches Versorgungszentrum“. Was die Grube Fortuna anbelangt ist gesagt worden, dass entweder ein neues Marketingkonzept her muss oder, dass man eine Grundsatzentscheidung über den Fortbestand trifft. Bevor weitere Großinvestitionen getätigt werden, muss gewährleistet sein, dass dieses Geld rentabel ist. Sollte dies nicht der Fall sein, muss man sich ernsthaft darüber Gedanken machen, wie man aus dem Projekt aussteigt. Hinsichtlich der Energiepolitik tritt man für eine bessere Energieeffizienz ein, das heißt, Energieeinsparung, eine veränderte Wärmeversorgung und auch beim Strombezug will man neue Wege gehen. Dazu gehört auch, sich zu überlegen, wie der hohe Energieaufwand für die kreiseigenen Hallen gemeinsam zu schultern ist. Um all die Aufgaben bewältigen zu können, benötigt man eine moderne Verwaltung. Daher ist es richtig, eine Organisationsuntersuchung in Auftrag zu geben und ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Der zukünftige Personalbedarf muss genauso wie der Aus- und Fortbildungsbestand definiert werden. Der vorgelegte Haushalt setzt Akzente, die weiterentwickelt werden wollen.

Abgeordneter Jörg Michael Müller (CDU) ist der Meinung, dass die Verwaltung mit dem Haushalt mehr recht als schlecht leben muss und dankt Herrn Kröckel und seiner Mannschaft für die gute Verwaltung des Chaos. Im Wesentlichen hat sich im Haushalt nicht viel geändert. Man hat 28 Millionen Euro Fehlbetrag, 31 Millionen Euro neue Schulden. Die Pensionsrückstellungen als soziale Verpflichtungen belaufen sich auf 42,5 Millionen Euro. Die Gesamtverbindlichkeiten aus Pensions- und Bankverpflichtungen belaufen sich auf 288 Millionen Euro, also mehr als eine halbe Milliarde DM. Darüber hinaus verfügt der Haushalt über einen Betrag von 1,5 Millionen Euro Einnahmen, die eigenverantwortlich bewirtschaftet werden können. Nur das Lied zu singen „Schuld sind immer nur alle anderen“ ist der falsche Weg. Fakt ist, dass die Arbeitslosenzahl in unserem Landkreis sinkt. Hessen hat erhebliche Kraftakte unternommen, um die kommunale Situation zu verändern. Die Kommunalausstattung der Landkreise ist durch die Gesetzesänderung günstiger geworden. Vom Prinzip her sollte der Haushalt auskömmlich sein, also Null auf Null aufgehen und wenn man das erreichen will, muss man sich fragen, wo noch zuzulegen ist. Dieser Versuch ist nicht gemacht worden, nämlich alle aufzufordern, sich gemeinsam Gedanken zu machen, ob man ein solches Ziel erreichen kann. Die Frage, ob ein solches Ziel zu schaffen ist, ist nicht gestellt worden. Auf die Beweggründe der von seiner Fraktion eingereichten Änderungsanträge zum Haushaltsplan geht er in seinem weiteren Redebeitrag näher ein. Alle vier Fachbereichsleitungen haben die Aufgabe, die Verwaltung zu steuern. Von daher wird ein Organisationsgutachten nicht benötigt. Man muss sich

mit Blick auf den Koalitionsvertrag fragen, welche Anstrengungen im vorgelegten Haushalt tatsächlich vorgenommen wurden. Beim Vergleich der Ist-Zahlen hat man versucht, festzustellen, was die wesentlichen Änderungen der Regierungskoalition sind. Man hat sie nicht finden können. Es ist so wie es war. Allerdings heißt es auch in der Koalitionsvereinbarung: „Aufbauend auf die bisherigen Konsolidierungskonzepte bis zur Wahlperiode 2011 soll durch eine umfassende Produkt- und Leistungsanalyse und strenge Aufgabenkritik die Finanzsituation verbessert und die Handlungsfähigkeit des Kreises gesichert werden“. Nicht eine einzige Zahl in diesem Haushalt wird diesem Anspruch gerecht. Dies ist eine Verunglimpfung der hier sitzenden Kreistagsabgeordneten. Offensichtlich hat man vergessen, was am 15.12.2003 beschlossen wurde und das nach Einführung des Controllings im Jahr 2004 und Zuweisung von Budgets für die Organisationseinheiten den budgetierten Einheiten ein Einsparungsziel vorgegeben wird. Wenn ein Ziel vorgegeben wird, ist es in den folgenden Konsolidierungskonzepten darzulegen, zu hinterfragen und zu überprüfen. Dies gilt auch für die Personalkosten, die bereits in den Jahren 2005 – 2009 um 2 % eingespart werden sollten. Dazu findet man im Haushalts-sicherungskonzept - Fortschreibung 2007 - nichts. Es ist nichts von dem gemacht worden, was damals beschlossen wurde. Das, was in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben ist, findet sich im Haushalt nicht wieder. Der Antrag zur Kreisumlage passt da wie die Faust aufs Auge, weil auf einen Teil der vorgesehenen Erhöhung der Kreisumlage verzichtet werden soll. Allerdings hat sich an der finanziellen Situation des Kreises nichts geändert. Er erläutert dies noch näher. Wer im März 2007 nicht sagen kann, was im kommenden Jahr an Planungen ansteht, z. B. hinsichtlich der Übertragung von Schulen, fährt er einen grobfahrlässigen Kurs. In seinen weiteren Ausführungen kommt er auf die Schuldenlast des Kreises zu sprechen und die damit verbundene Handlungsunfähigkeit. Von einem neuen Landrat erwartet man daher eine Bestandsaufnahme, in dem er auch sagt, wie die Planungen für die Zukunft aussehen. Da ist es nicht ausreichend, diesen Haushalt vorzulegen. Viele von Herrn Rompf genannte Punkte sind Ideen von CDU und FDP aus der Vergangenheit, wie beispielsweise das Personalentwicklungskonzept oder die Hospizvereine und die Ehrenamtskarte. Wenn man sich den Personalhaushalt ansieht, muss einem auffallen, dass man immer mehr Häuptlinge und immer weniger Indianer hat. Immer weniger müssen immer mehr arbeiten, was nicht sozialdemokratisch ist. Der vorgelegte Haushalt ist nicht sach- und zukunftsgerecht. Wenn man sich das Konsolidierungskonzept anschaut, so ist ein Betrag von 450.000 Euro nicht selbst erwirtschaftet, sondern durch das Land Hessen beeinflusst. Das ist die Konsolidierungspolitik, nämlich warten auf Andere, anstatt selber zu handeln. Zu den Quartalsberichten führt er aus, dass alles was Herr Dworaczek zu verantworten hat, die Note 1 verdient. Was darin steht, hat seine Fraktion schon jahrelang gefordert. Es ist gut, dass man dem nachgekommen ist und zeigt einen Respekt der Handelnden vor dem Parlament. Wenn man sich dann die Berichte des Krankenhauses ansieht stellt man fest, dass diese unvollständig sind. Eine Risikobetrachtung fehlt, genauso wie es keine Risikobewertung gibt. Zur Frage der Konstruktion der ARGE hat man in der Vergangenheit diskutiert und jetzt wird das gemacht, was die CDU schon immer vorgeschlagen hat. Was die Küchen in den Krankenhäusern anbelangt, ist von seiner Fraktion vor zwei Jahren ein Vorschlag zur Teilprivatisierung gemacht worden, aber bis dato ist nichts geschehen.

Der zuständige Dezernent hält sich zurück und hofft, dass es vom Land Hessen Geld gibt und er dann schimpfen kann, wenn es nicht genug ist. Was die Investitionen für die Schulen anbelangt, sollen unter anderem 740.000 Euro für die PCB-Beseitigung ausgegeben werden. Dies ist keine Investition sondern die Beseitigung eines Problems. Es ist keine Investition in die Zukunft sondern eine Beerdigung eines Problems in die Vergangenheit wirkend. Das gleiche trifft zu für die 170.000 Euro zur Beseitigung der Legionellen. Dies sind zwar notwendige, aber keine zukunftsweisenden Investitionen zur Verbesserung der Schullandschaft. Die bestehende Haushaltslage macht allen keinen Spaß und Herr Esch als Bürgermeister hat dies in seiner Stellungnahme zum Haushalt trefflich beschrieben. Was man aber verlangt und erwartet ist, dass man sich nichts schön redet sondern klar aussagt, welche Probleme bestehen. Aber hier zu verkünden, dass sei der schönste Haushalt seit 22 Jahren und im Übrigen brauche man nichts zu tun, als abzuwarten, zeugt nicht von Zukunftsfähigkeit und nicht von Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern. Daher lehnt seine Fraktion den Haushalt ab.

Landrat Schuster (SPD) widerspricht den Ausführungen hinsichtlich des Fehlbetrages von 31 Millionen Euro. Tatsächlich beläuft sich die Summe auf 21,1 Millionen Euro. 3,9 Millionen Euro werden getilgt und man hat Kassenkredite von 25 Millionen Euro, so dass 21,1 Millionen Euro Nettoverschuldung verbleibt. Im Lahn-Dill-Kreis liegt zum 31.12.2006 die Pro-Kopf-Verschuldung bei rund 800 Euro, was eine Schuldensumme von insgesamt rund 209 Millionen Euro ausmacht. Davon sind etwa die Hälfte Kassenkredite, was pervers ist. Die Ursachen liegen größtenteils beim Land Hessen, was in den Jahren 2001 – 2006 rund 7,6 Milliarden Euro Schulden gemacht hat. Dies ist 1.500 Euro pro Kopf. Auf weitere Ursachen wie Hartz 4 als Bundesgesetz, die Behindertenbetreuung usw. geht er näher ein. Auch diese und andere Beträge sind Summen, die nicht zur Disposition stehen. Diskutierend kann man allenfalls über einen Betrag von 2,8 Millionen Euro für die Turnhallenbenutzung und über die Kosten der Schülerbeförderung. Von diesen rund 96 Millionen Euro sind rund 7,5 Millionen Euro tatsächliche freiwillige Leistungen, nämlich 2,8 Millionen Euro für die Turnhallen und 5,7 Millionen Euro Schülerbeförderung, wobei man sich einig ist, dass man diese Gelder nicht streichen will. Es hat keinen Zweck, von Familienfreundlichkeit zu reden und sich anschließend die Monatskarte bezahlen zu lassen. Die finanzielle Ausstattung aller 21 Landkreise in Hessen ist eine ureigene Aufgabe des Landes. Am besten wäre es, die Landkreise in Hessen würden finanziell so ausgestattet, dass sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen können. Bei Nettopersonalkosten von 34 Millionen Euro jährlich muss es möglich sein, dass ein Arbeitgeber sich einmal extern untersuchen lässt, ob man richtig liegt. Dies macht jede seriös geführte Firma. Dies könnte ein erster Weg zur weiteren Einsparung von Personalkosten sein. Insgesamt bittet er um Zustimmung zum Haushalt.

Fraktionsvorsitzender Ludwig (FWG) meint, dass sich der Lahn-Dill-Kreis hinsichtlich der Reformfreudigkeit nicht im Schlafwagenabteil befindet, sondern im Vorderfeld der hessischen Landkreise. Dies kommt im Haushaltsplan zum Ausdruck. Das Hauptproblem der nicht ausgeglichenen Haushalte ist der Konstruktionsfehler in der kommunalen Familie. Auf der einen Seite hat man die Aufgaben und Verantwortung und auf der anderen Seite fehlen die Ressourcen. Die vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage betrifft beispielsweise die Stadt Solms, obwohl sich nur die Umlagegrundlagen geändert haben, Netto mit 400.000 Euro. Auch seine Fraktion hält es für gerecht, auf die 0,25 % Kreisumlagerhöhung zu verzichten. Wichtig ist die Personalentwicklung, auch aus Sicht der Bediensteten. Man will ein produktorientiertes Qualitätsmanagement, wozu auch eine Personalentwicklung gehört, die transparent und nachvollziehbar ist. Offensichtlich ist man aufgrund der Auflagen des Regierungspräsidiums der Auffassung, dass man 10 % zuviel Bedienstete hat, was den Abbau von 80 – 100 Personen bedeuten würde. Daher ist ein Personalentwicklungsgutachten eine vernünftige Basis. Die an Ersten Kreisbeigeordneten Hofmann geübte Kritik weist er zurück. Bezüglich des Tourismusses kann man die Entwicklung als positiv bezeichnen. Was auch für die Entwicklung der Krankenhäuser gilt. Natürlich ist man mit der Erhöhung der Kassenkredite nicht glücklich, aber unter Berücksichtigung des vorhandenen Handlungsspielraumes ist dies nachzuvollziehen. Auch seine Fraktion sieht sich in der Verantwortung, dass was möglich und nötig ist, umzusetzen und der vorgelegte Haushalt ist dafür eine solide Basis. Er bittet daher um Zustimmung.

Abgeordnete Zutt (NPD) hält diesen Haushalt für eine einzige Katastrophe. Ein Firmeninhaber hätte bei solch einer desolaten Finanzlage längst ein Verfahren wegen Konkursverschleierung anhängig. Auffällig ist, dass in allen Kommunen sowie beim Bund und beim Land die Verschuldung durch sozialistische Misswirtschaft zunimmt. Es entsteht der Eindruck, dass die Geldverleiher mit den Geldverschwendern Hand in Hand in allen Parlamenten zusammenarbeiten. Zu den Gründen dafür macht sie weitere Ausführungen. Solange die Verantwortlichen nicht zu Regress genommen werden, wird sich an diesen Umständen nichts ändern. Zu der in den letzten Jahren enorm gestiegenen Höhe der Kassenkredite führt sie aus, dass solche nichts anderes als ein Dispokredit sind oder eine geduldete Überziehung im privaten Bankverkehr. Im freien Zahlungsverkehr sind dafür rund 17 – 18 % Zinsen zu zahlen, wohingegen der Lahn-Dill-Kreis einen Zinssatz von 3,5 % leistet. Sie fragt dazu, warum der Zinssatz für den Lahn-Dill-Kreis hier so günstig ist und wer die Gläubiger sind, wobei sie davon ausgeht, dass dies keine privaten Geschäftsbanken sind. Weiterhin

möchte sie wissen, welche Sicherheiten gewährt wurden und bei welchem Betrag das Kreditlimit erschöpft ist. Was würde passieren, wenn dieser niedrige Zinssatz auf die übliche Höhe angehoben wird? Aus dem Stellenplan ist zu entnehmen, dass gut 9 Stellen für die Schuldnerberatung und dem Lastenausgleich vorgehalten werden. Hier kann es nicht Aufgabe des Kreises sein, Leute zu beraten, die über ihre Verhältnisse leben. Hier sind die Banken und Kaufhäuser mit ihren unseriösen Geschäftspraktiken in Anspruch zu nehmen. Seit vielen Jahren lebt der Kreis über seine Verhältnisse und hat keinen ausgeglichenen Haushalt. Alleine für Zinsaufwendungen sind 8,7 Millionen Euro veranschlagt. Ein Bundes- oder Länderhaushalt wäre hier verfassungswidrig. Auch zu den Haushaltsansätzen für Investitionen und den Personalkosten macht sie weitere Ausführungen. Die Zahl der Beschäftigten ist mit Sicherheit zu hoch, insbesondere im Fachbereich Arbeit und Soziales, bei dem 111 Stellen ausgewiesen sind. Auch in anderen Bereichen hält sie Stelleneinsparungen für möglich. In ihren weiteren Ausführungen geht sie auf die von ihrer Partei gestellten Änderungsanträge zum Wirtschaftsplan 2007 (eine Übersicht wurde in der Kreistagssitzung verteilt) näher ein. Auch auf die Gesamtverschuldung und den Kreditverpflichtungen geht sie vertiefend ein. Insgesamt gesehen ist der Kreis umgerechnet in DM mit über 500 Millionen verschuldet. In Anbetracht dieser hohen Verschuldung ist es müßig und Zeitverschwendung, sich noch mit den vielen Einzelposten des Haushaltsplanes 2007 zu befassen. Es müssten alle die Stellen gestrichen werden, die ihren Ursprung in der verfehlten Familien, Ausländerzuwanderung und Gleichstellungspolitik mit ihren wuchernden Sozialausgaben haben. Auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik darf nicht die Aufgabe einer Kommune oder einer Kreisverwaltung sein. Dies ist Bundesaufgabe, wie die allgemeine Verantwortung für eine arbeitsplatzsichernde Wirtschaftspolitik. Solange man nicht bereit ist, die Ursachen für eine Fehlentwicklung zu erkennen und zu beseitigen, wird man diesen Kampf niemals gewinnen. Eine Kreisverwaltung ist nicht dafür da, die durch eine falsche Gesellschaftspolitik entstehenden Probleme und Defizite auszugleichen. Wer solch einem Zahlenwerk, das schonungslos die Liquidität des Lahn-Dill-Kreises dokumentiert, zustimmt, kann nicht im Vollbesitz seiner politischen Verantwortung gegenüber dem Bürger stehen. Denn der Eid heißt, Schaden vom Volk fernzuhalten, was sich auch auf die kleine Einheit Lahn-Dill-Kreis bezieht. Abschließend richtet sie die Frage an den Landrat, ob die Mitglieder der NPD im Ausschuss Rederecht haben und eine Einladung dazu erhalten.

Landrat Schuster (SPD) erwidert, dass die Einladungen nur die Mitglieder des Ausschusses bekommen. Im Übrigen wird die Tagesordnung der jeweiligen Sitzung in der Presse veröffentlicht mit dem Hinweis, dass die Sitzungen öffentlich sind.

Zur Klarstellung möchte **Vorsitzende Müller** wissen, ob die von Frau Zutt aufgeführten Anträge zum Haushalt oder zum Haushaltssicherungskonzept gestellt werden.

Abgeordnete Zutt (NPD) entgegnet, dass die Anträge dem Haushalt zugeordnet werden sollen.

Abgeordneter Esch (FWG) möchte als Vorsitzender des Magistrates, der als einziger zum Haushaltsplan eine Stellungnahme abgegeben hat, noch zwei Gedanken äußern. Bei allem Verständnis für die Haushaltslage des Lahn-Dill-Kreises bleibt festzustellen, dass mehr als 10 % der laufenden Ausgaben aus Kassenkrediten bestritten werden. Nach seiner Ansicht ist zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung auszuweisen, wie diese Kassenkredite zurückzuzahlen sind. Diesen Ansatz kann er im vorgelegten Haushaltsplanentwurf nicht erkennen. Zur Kreisumlage und der Erhöhung der Umlagengrundlagen hält er die Erläuterungen im Haushaltsplan für nicht zutreffend, in denen steht, dass die Umlagengrundlagen dazu geführt haben, dass sich die Kreisumlage dadurch um 1,5 – 1,7 % erhöht hat. Die Zahl ist anders, was er noch näher begründet.

Abgeordneter Bergfeld (SPD) meint, dass Herr Esch als Vertreter der Stadt Aßlar in seiner Funktion hier kein Rederecht hat. Er sieht einen Interessenkonflikt in der Funktion als Bürgermeister und als Kreistagsabgeordneter und sollte sich daher an der Beratung nicht beteiligen. Er bittet Herrn Esch darauf Rücksicht zu nehmen.

Abgeordneter Esch (FWG) begrüßt in diesem Zusammenhang, wenn man schon eine erhebliche Veränderung der Belastung der Städte und Gemeinden hat, den Antrag der Koalition, von der zunächst vorgesehenen Erhöhung der Kreisumlagerhöhung abzusehen. Zu begrüßen ist auch der Antrag des Landrates, die tatsächlichen angefallenen Kosten der Hochwasserhilfe als Kreisumlagerhöhung anzusetzen. Wenn die Städte und Gemeinden so etwas vorgelegt hätten, würden sie keine Genehmigung erhalten, was er zu bedenken gibt.

Abgeordneter Aurand (SPD) begründet kurz den Antrag der Regierungskoalition zum Verzicht auf die Kreisumlagerhöhung. Man hat jetzt die richtige Situation, nämlich die Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleiches abzuwarten, um dann nach den Resultaten entscheiden zu können. Bei der Kreisumlage geht es um insgesamt 77 Millionen Euro, so dass der vorgeschlagene Verzicht um 0,25 % rund 480.000 Euro ausmacht. Der gesamte kommunale Finanzausgleich ist ein gigantischer Verschiebebahnhof, der leider nicht zusätzlich gespeist wird durch irgendwelche Mittel sondern er bleibt in der Regel gleich. Immerhin gibt es im kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der Städte und Gemeinden eine Verbesserung für die Kreise, die dazu genutzt werden sollte, die geringe Senkung der Kreisumlage gemeinsam zu beschließen. Mehrfach ist von der LWV-Umlage gesprochen worden, die landesweit in diesem Jahr 888 Millionen Euro beträgt. Dies ist eine erhebliche Summe für die behinderten Mitmenschen, die sie benötigen, um menschenwürdig leben zu können. Die SPD-Fraktion im Landtag wird einen Antrag einbringen, diese Verbandsumlage zu senken, wobei davon auszugehen ist, dass man einen Spielraum von rund 9 Millionen Euro hat, was für die Kreise als Kostendeckungsbeitrag gewertet werden kann. Der vor zitierte Verschiebebahnhof wird darin münden, dass man eine kostendeckende Schulumlage erheben wird. So wird im kommenden Jahr auch die Sonderstatusstadt Wetzlar zur Kasse gebeten werden. Die Gemeinde Dietzhöhlztal und die Stadt Leun klagen derzeit gegen diese Finanzierung. Hierauf geht er noch näher ein. Abschließend lobt er die Leistungen der ARGE und bedankt sich bei Herrn Kaufmann-Ohl, Herrn Schreiner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit. Dies gilt auch für den Geschäftsführer der ARGE.

Abgeordneter Engel (SPD) kommt auf die Aussage des Abgeordneten Jörg Michael Müller (CDU) zu sprechen, der gesagt hat, dass sich die CDU bei der Antragstellung vornehm zurückgehalten hat. Er hat eher den Eindruck, dass der CDU nicht viel eingefallen ist. Zu dem Antrag, die Kosten für eine externe Organisationsuntersuchung zu streichen, muss man sich fragen, warum dieser Antrag nicht hinreichend begründet wurde. Entweder die Verwaltung so wie sie ist, wird für perfekt gehalten oder die CDU traut den Instrumentarien der kapitalistischen Wirtschaftspolitik selbst nicht mehr. Ein solches Vorhaben muss immer in einer Kombination geschehen, nämlich einer internen Aufgabenkritik und einer externen Organisationsuntersuchung. Dies sind zwei sich gegenseitig ergänzende Faktoren. Eine externe Organisationsuntersuchung hat unter anderem die Aufgabe, Konsolidierungspotentiale zu erschließen. Daher kann er nicht verstehen, dass auf der einen Seite vehement Konsolidierung gefordert, andererseits sich aber einer externen Organisationsuntersuchung verweigert wird. In der Regel kommen derartige Anträge von einer kritischen Opposition. Wenn nun dieser Antrag von der Verwaltung selbst kommt, spricht dies für eine Offenheit für eine solche Untersuchung. Sie macht Sinn und es ist erstaunlich, dass die CDU ausgerechnet an dieser Stelle eingeschritten ist.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** zunächst über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „**Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill**“ für das Geschäftsjahr 2007 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und des Abgeordneten Sattler (parteilos) gegen die Stimmen von NPD bei Stimmenthaltung der FDP mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung“ für das Geschäftsjahr 2007.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos) gegen die Stimmen von NPD ohne Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Besucherbergwerk Grube Fortuna“ für das Geschäftsjahr 2007.

Vorsitzende Müller fragt, ob die CDU ihren Antrag aus dem Fachausschuss, die Anschaffung des Förderkorbes mit einem Sperrvermerk über 150.000 Euro zu versehen, aufrecht erhält. Dies wird bejaht, so dass sie zunächst darüber abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (29 CDU, 9 FWG, 3 FDP, 2 NPD)
32 Nein-Stimmen (27 SPD, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler (parteilos))

Damit ist dem Sperrvermerk mehrheitlich zugestimmt.

Danach lässt **Vorsitzende Müller** über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Besucherbergwerk Grube Fortuna“ für das Geschäftsjahr 2007 in der geänderten Fassung (Drucksache Nr. 52/2007) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Bei Stimmenthaltung der FDP einstimmig zugestimmt.

Beschlussfassung über das **Investitionsprogramm** des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2005 – 2009.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sattler (parteilos) gegen die Stimmen von CDU und NPD bei Stimmenthaltung der FDP mehrheitlich zugestimmt.

Vorsitzende Müller kommt nun zur Beschlussfassung über die Änderungsanträge zur Haushaltssatzung. Mit dem Ältestenrat ist vereinbart, dass die Anträge einzeln aufgerufen werden und bei Bedarf dazu Stellung genommen werden kann. Sie verweist auf die vorliegende Übersicht der Anträge zum Haushaltsplan.

Sie lässt alsdann über die Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2007 des Lahn-Dill-Kreises einzeln abstimmen.

Antrag Nr. 1 der Auflistung

Übernahme der Änderung des Jahresergebnisses 2007 der Grube Fortuna aufgrund der Kündigung des Kooperationsvertrages mit dem Förderverein gem. KA-Beschluss vom 21.02.2007.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen und des Abgeordneten Sattler (parteilos) ohne Gegenstimmen

bei Stimmenthaltung der CDU, FDP und NPD
mehrheitlich zugestimmt.

Antrag Nr. 2 der Auflistung

Änderung des Hebesatzes der LWV-Umlage von 13,395 % auf 13,38 %.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG und Bündnis 90/Die Grünen und
Teilen der CDU sowie des Abgeordneten Sattler (parteilos)
gegen die Stimmen von NPD
bei Enthaltung von Teilen der CDU
mehrheitlich zugestimmt.

Antrag Nr. 3 der Auflistung

Reduzierung des Aufschlags auf den Hebesatz der Kreisumlage (Hochwasserhilfe 2006).

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler, parteilos)
einstimmig zugestimmt.

Antrag Nr. 4 der Auflistung

Ergänzung der Budgetierungsrichtlinien.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU
und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
gegen die Stimmen der NPD
ohne Stimmenthaltungen
mehrheitlich zugestimmt.

Antrag Nr. 5 der Auflistung

Erhöhung der Förderquote des Landes Hessen für die Erstellung eines integrierten regionalen
Entwicklungskonzeptes für die künftige Entwicklungsregion Lahn-Dill-Kreis (2007 – 2013) von 50 auf
70 %.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Stimmenthaltung des Abgeordneten Sattler (parteilos)
einstimmig zugestimmt.

Antrag Nr. 6 der Auflistung

Änderung des Stellenplanes.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP
und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
gegen Stimmen der NPD
ohne Stimmenthaltungen
mehrheitlich zugestimmt.

Antrag Nr. 7 der Auflistung

Verzicht auf die im Haushaltsentwurf 2007 vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um 0,25 %.

Abstimmungsergebnis:	46 Ja-Stimmen	(SPD 27, FWG 9, Bündnis 90/Die Grünen 5, FDP 3, NPD 2)
	23 Nein-Stimmen	(CDU)
	7 Stimmenthaltungen	(CDU 6, Abgeordneter Sattler (parteilos))

damit ist dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Antrag Nr. 8 der Auflistung

Erhöhung der Zuschüsse für das Zentrum für Literatur und für das Zentrum für Mathematik.

Abgeordneter Budde (CDU) war zu Beginn der Sitzung der Meinung, dass die SPD diesem Antrag garantiert nicht zustimmen wird. Aber nach dem Redebeitrag der SPD-Fraktionsvorsitzenden Frau Hartmann zum Thema Bildungsgerechtigkeit und Schulen hat er einen anderen Eindruck gewonnen. Zur Bildungsgerechtigkeit gehört auch, dass man Lesen kann und die Sprache beherrscht. Im freiwilligen Bereich ist Einiges, wie z. B. Leseangebote, angeboten worden, was fortgeführt werden sollte. Eine Entscheidungshilfe wird die Pisa-Studie und die Initiative von Bund und Ländern zur außerschulischen Leseförderung, genannt „Lesen in Deutschland“, geben. Weiter gibt es eine Studie der UNICEF „Lust am Lesen und Sprechen“, die Aussagen darüber trifft, welche positiven Auswirkungen Lese- und Sprachverständnis haben. Dies ist alles mit Literatur zu verbinden, weil Literatur ohne Lesen und Sprache nicht denkbar ist. Seine Fraktion möchte nur 5.000 Euro mehr haben, damit das gefördert wird, was von allen verlangt wird, die zu uns kommen, die sich ausdrücken wollen und Schwierigkeiten haben. Aus diesem Grunde bittet er dem Antrag zuzustimmen.

Abgeordneter Klier (CDU) begründet den zweiten Teil des Antrages zum Zuschuss für das Zentrum für Mathematik. Man sollte wissen, was dieses Zentrum tut. Die Hauptaktivität ist die Fortbildung sowohl von Schülerinnen und Schülern, als auch von Lehrern. Er macht dies am Beispiel von Teilnehmerzahlen der Einzelangebote deutlich. Nach der Gründung des Zentrums war der Fokus zunächst ausschließlich auf die Stadt Wetzlar gerichtet. Inzwischen wird in der Region gearbeitet, was auch höhere Kosten verursacht. Bis zum letzten Jahr hatte das Zentrum ein kostenfreies Büro, das aufgegeben werden musste und sitzt jetzt als Kooperationspartner mit der Phantastischen Bibliothek in der Turmstraße und muss dort eine Kostenpauschale bezahlen. Schließlich muss noch der Tag der Mathematik fasst vollständig von dem Zentrum finanziert werden, was in der Vergangenheit nicht der Fall war, weil die Kosten von der IHK Wetzlar und Dillenburg getragen wurden. Wenn die Aussage von Frau Hartmann in ihrer Haushaltsrede „Wir wollen an der Bildung unserer Kinder nicht sparen“ ernst genommen wird, kann man dem Antrag nur zustimmen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) macht deutlich, dass sie die Pisa-Studie kennt, genauso wie die chronische Unterfinanzierung in diesem Bereich durch das Land Hessen. Warum soll der Lahn-Dill-Kreis die Lehrerfortbildung finanzieren? Weil sich das Land aus der Lehrerfortbildung und Finanzierung weitgehend zurückgezogen hat und die Lehrer ihre Fortbildungsveranstaltungen auf dem privatem Markt suchen müssen. Beide Zentren leisten hervorragende Arbeit, hätten aber auch die Möglichkeit gehabt, im Rahmen der Haushaltsberatungen sich vorzustellen und einen erhöhten Mittelbedarf anzumelden. Dies wurde nicht getan. Es gibt auch andere Initiativen und daher kann man nicht einfach planlos Mittel verteilen. Die Begründung des Antrages ist äußerst einfach und durch keinerlei Zahlenmaterial begründet. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) hat sich zu Wort gemeldet, damit sie im „Wetzlar-Kurier“ nicht nachlesen muss, dass sie etwas gegen Bildung hat. Beide Zentren sind bei der Phantastischen Bibliothek untergebracht. Dies wiederum ist inzwischen eine Stiftung, die der Stadt Wetzlar Wert und Teuer ist. In der Stadt war man ärgerlich, als plötzlich durch Initiative politischer Kreise ein Umzug vom Ebertplatz in die Turmstraße stattfand. Das Zentrum für Mathematik verfügt über sehr

gute Sponsoren und sie sieht keine Not, dass irgendetwas passieren muss. Normalerweise ist es so, dass bei Problemen sich die Institution an alle Fraktionen wenden, wobei ihr nichts auf den Tisch gekommen ist. Das Vermitteln von Rechnen und Lesen sollte primär Aufgabe der Schulen sein. Das Zentrum für Mathematik ist in großer Form in der Begabtenförderung tätig, was zwar unterstützenswert aber nicht primär förderwürdig ist. Hier wird versucht, Mittel, die für die Miete benötigt werden, auf diese Art und Weise hereinzubekommen. Dies dient nicht der Leseförderung sondern den Betriebskosten.

Abgeordneter Zutt (NPD) beantragt über die Erhöhung der Zuschüsse an beide Zentren getrennt abzustimmen und begründet dies kurz.

Abgeordneter Jörg Michael Müller (CDU) zeigt sich erstaunt über die Ausführungen von Frau Kornmann. Hier kommt die Wut über der Phantastischen Bibliothek zum Ausdruck, die an dem Zentrum für Mathematik ausgelassen wird. Er zweifelt daran, dass Frau Kornmann weiß, was das Zentrum für Mathematik alles tut. Hier werden viele Mädchen gefördert in einem Fach, wo es unterdurchschnittlich wenig ausgebildete Lehrkräfte gibt. Man braucht nur bei den Gymnasien schauen, wie viel Mathematiklehrerinnen es gibt, weil nicht frühzeitig das Interesse an Mathematik geweckt wird. Schlimm ist die Aussage, dass die Zentren sich nicht an den Kreis wenden sondern nur an eine Partei und deshalb kann man dem nicht zustimmen. Demokratie funktioniert anders. Akzeptieren kann er, wenn überlegt wird, ob ein Bedarf grundsätzlich vorhanden ist. Dann könnte man die Mittel bereitstellen und einem Sperrvermerk unterwerfen. Der mathematische Bereich bedarf einer unendlichen Förderung, was auch für die Literatur gilt. Als Kompromiss schlägt er vor, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen und die Erhöhungsbeträge mit einem Sperrvermerk zu versehen. Im zuständigen Ausschuss sollte man sich den Bedarf erklären lassen. Dann kann die Summe immer noch freigegeben werden.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Stahl (FWG)** wird bestätigt, dass der Antrag der CDU beabsichtigt, den Zuschuss für das Zentrum für Literatur von 10.000 Euro auf 15.000 Euro zu erhöhen.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** getrennt über beide Antragsteile abstimmen.

Der Abstimmungstext hat folgenden Wortlaut:

Der Zuschuss für das Zentrum für Literatur wird von 10.000 Euro auf 15.000 Euro erhöht, wobei der Erhöhungsbetrag mit einem Sperrvermerk zu versehen ist.

Abstimmungsergebnis:	30 Ja-Stimmen	(29 CDU und Abgeordneter Sattler (parteilos))
	46 Nein-Stimmen	(27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 FDP, 2 NPD)
	keine Stimmenthaltungen	

damit ist der 1. Teil des Antrages mehrheitlich abgelehnt.

Alsdann lässt **Vorsitzende Müller** über folgenden 2. Teil des Antrages abstimmen:

Der Zuschuss für das Zentrum für Mathematik wird um 5.939 Euro auf 20.000 Euro erhöht, wobei der Erhöhungsbetrag mit einem Sperrvermerk versehen werden soll.

Abstimmungsergebnis:	32 Ja-Stimmen	(29 CDU, 2 NPD, Abgeordneter Sattler (parteilos))
----------------------	---------------	---

44 Nein-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die
Grünen, 3 FDP)

keine Stimmenthaltungen

damit ist der 2. Teil des Antrages abgelehnt.

Antrag Nr. 9 der Auflistung

Stornierung der geplanten Aufträge für Gutachten „Externe Organisation“ sowie „Konzept Gebäudenutzung“.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (CDU)
46 Nein-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die
Grünen, 3 FDP, 2 NPD)
1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler (parteilos))

damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 10 der Auflistung

Reduzierung des Zuschusses für die Mädchenarbeit von 27.610 Euro auf 15.000 Euro.

Vorsitzende Müller berichtet, dass dieser Antrag zwischenzeitlich zurückgezogen wurde. Es wurde ein mündlicher Ergänzungsantrag in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses am 28.02.2007 durch die CDU gestellt, nämlich einen Zuschuss zur Förderung der Jungenarbeit im Haushaltsplan 2007 einzustellen und diesen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abgeordnete Beimborn (SPD) verweist auf das im Lahn-Dill-Kreis bestehende Konzept zur geschlechtergerechten Jugendarbeit. Dieses Konzept ist im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und befürwortet sowie an die Jugendhilfeplanung weitergeleitet worden. Aus dem Grund, weil eine ausführliche Konzeption im Bereich der Mädchenarbeit entwickelt wurde. Deutlich wurde in der Diskussion, dass dies für die Jungenarbeit im Lahn-Dill-Kreis fehlt, aber für genauso wichtig erachtet wird. Auf die Inhalte des Konzeptes für die Mädchenarbeit geht sie näher ein. Bei Mädchen und Jungen gibt es ein sehr unterschiedliches Wertebewusstsein, völlig unterschiedliche Lebensgestaltungsentwürfe und auch Verwirklichungen. Dies zeigt, dass es bei beiden Wünschen und Entwicklungen auch Defizite gibt. Der Kontrast zwischen Mädchen und Jungen hat sich sehr verschärft, was man vor einigen Jahren in dieser Entwicklung nicht für möglich gehalten hätte. Das heißt, man muss genau schauen, wie man in der Jungenarbeit damit umgeht. Die Politik muss Strukturen vorgeben und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Die 15.000 Euro Erhöhung bedeutet ein symbolischer Antrag, denn es liegt kein Konzept zur Jungenarbeit vor. Daher ist es dringend erforderlich, ein solches zu entwickeln. Der Erhöhungsbetrag soll mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass **Vorsitzende Müller** über den mündlich von der CDU-Fraktion im HFO gestellten Antrag, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen lässt:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro zur Förderung der Jungenarbeit in den Haushaltsplan 2007 einzustellen. Der Zuschuss wird mit einem Sperrvermerk versehen“.

Abstimmungsergebnis: Bei 2 Gegenstimmen der NPD
Ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich zugestimmt.

Antrag Nr. 11 der Auflistung

Verzicht auf die Neubeschaffung eines zusätzlichen Dezentenfahrzeuges.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (29 CDU, 3 FDP, 2 NPD)
42 Nein-Stimmen (27 SPD, 5 Bündnis 90/Die Grünen,
9 FWG)
1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler (parteilos))

damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 12 der Auflistung

Begrenzung der Stellenbesetzung im Frauenbüro entsprechend dem hessischen Gleichstellungsgesetz.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-stimmen (29 CDU, 2 NPD)
44 Nein-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die
Grünen, 3 FDP)
1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler, (parteilos))

damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 13 der Auflistung

Prüfung, ob die Datenverarbeitungskosten sowie die Telekommunikationskosten durch Vertragsänderungen reduziert werden können.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen (29 CDU, 3 FDP)
41 Nein-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die
Grünen)
3 Stimmenthaltungen (2 NPD, Abgeordneter Sattler
(parteilos))

damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Vorsitzende Müller ruft nun die Anträge der NPD auf, die aufgelistet im Kreistag verteilt worden sind.

Antrag Nr. 1 der NPD

Streichung von 187.287 Euro zur Förderung der Gleichstellung.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der NPD und
gegen die Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 2 der NPD

Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe

hier: Streichung von 14.383.059 Euro.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der NPD und
gegen die Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 3 der NPD

Streichung von 7.778.537 Euro bei dem Produkt Zuwanderung und Integration.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der NPD und
gegen die Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 4 der NPD

Streichung von 497.060 Euro bei der Schuldnerberatung und dem Lastenausgleich

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der NPD und
gegen die Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 5 der NPD

Streichung von 402.050 Euro Beihilfen für Verschuldete.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der NPD und
gegen die Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nr. 6 der NPD

Streichung von 23.315 Euro im Bereich des Lastenausgleiches (Produkt 41.5.2).

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen der NPD und
gegen die Stimmen von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen, CDU,
FDP und des Abgeordneten Sattler (parteilos)
ohne Stimmenthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussfassung über die **Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises** für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan

„Der Kreistag beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan des Lahn-Dill-Kreises in der vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Fassung einschließlich der vor beschlossenen Änderungsanträge.“

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (27 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
32 Nein-Stimmen (29 CDU, 2 NPD, Abgeordneter Sattler (parteilos))
4 Stimmenthaltungen (3 FDP, 1 FWG)

damit ist der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2007 mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept des Lahn-Dill-Kreises; - Fortschreibung 2007

Vorsitzende Müller verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Jörg Michael Müller (CDU) erläutert kurz den Antrag. Er bittet, dass Augenmerk auf die Frage der prozentualen Veränderung zur Kopfveränderung zu lenken. Sollte der RP wiederum in seinen Auflagen eine Kopffzahl bei Personalreduzierungen vorgeben, so ist dies inhaltlich haushaltspolitisch sehr problematisch. Mit einer prozentualen Regelung kommt man sehr viel besser zurecht als mit einer Kopfabhängigen. Er bittet daher, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen, weil er die Handlungsfähigkeit des Kreisausschusses erheblich vergrößert.

Fraktionsvorsitzender Rompf (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass eine Fraktion die dem Haushalt nicht zustimmen will, den Kreistag nicht belehren muss. Bereits im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss ist darauf hingewiesen worden, dass es einen Kreistagsbeschluss dazu gibt, den seinerzeit die FWG-Fraktion eingebracht hat. Daher schlägt er vor, den Änderungsantrag abzulehnen.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept abstimmen, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, bei dem Regierungspräsidenten in Gießen für den Fall einer Haushaltsauflage zu beantragen, diese im Hinblick auf Personalreduzierungen nicht mehr kopfbezogen sondern als Prozentanteil auf die Personalausgaben bezogen zu erteilen“.

Der Kreisausschuss schlage dem Regierungspräsidenten insoweit vor, eine jährliche 1,5-prozentige-Reduzierung vom gegenwärtigen Stand der Personal-kosten als Auflage zu erteilen“.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen (29 CDU, 1 NPD)
41 Nein-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
4 Stimmenthaltungen (FDP 3, Abgeordneter Sattler (parteilos))

damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Vorsitzende Müller lässt danach über den Entwurf des **Haushaltssicherungskonzeptes des Lahn-Dill-Kreises – Fortschreibung 2007** in der vom Kreisausschuss vom 10.01.2007 festgestellten Fassung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
32 Nein-Stimmen (29 CDU, 2 NPD, Abgeordneter Sattler (parteilos))
3 Stimmenthaltungen(FDP)

damit ist dem Haushaltssicherungskonzept mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkung:

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hensgen übernimmt die Sitzungsleitung.

Zu TOP 5

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren
Drucksache 47/2007

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hensgen führt aus, dass der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss sich in seiner Sitzung am 28.02.2007 mit der Angelegenheit befasst hat und das Votum des Ausschusses aus dem Mitteilungsblatt zu entnehmen ist.

Eine Wortmeldung des Ausschussvorsitzenden liegt nicht vor.

Abgeordneter Jörg Michael Müller (CDU) bedankt sich beim Landrat für die Einhaltung seiner Zusage, eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Seine Fraktion wird der Vorlage zustimmen, weil sie im Prinzip das nachvollzieht, was besprochen worden ist.

Stellvertretende Vorsitzende Hensgen lässt alsdann über die Drucksache Nr. 47/2007 abstimmen, die folgenden Wortlaut hat:

- a) **Der Kreistag genehmigt die Aufnahme folgender Kassenkredite als Kommunalkredite jeweils mit einer Laufzeit von 5 Jahren:**
Vertrag vom 14. 11. 2006 über 17 Mio. € zu einem Festzinssatz von 3,809 %,
Vertrag vom 29. 11. 2006 über 13 Mio. € zu einem Festzinssatz von 3,789 %.
- b) **Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, weitere Beträge bis zur Höhe der in der Haushaltssatzung genehmigten Höchstbeträge der Kassenkredite als Basisliquidität liquiditäts- und zins zusichern, soweit die Vertragslaufzeit über das laufende Haushaltsjahr hinausgeht und die Aufsichtsbehörde keine Einwände erhebt.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 73, Nein-Stimmen: 2, Stimmenthaltungen: 1

Somit ist der Drucksache Nr. 47/2007 mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 6

Tariftreueerklärung bei Auftragsvergaben der Eigenbetriebe;
Antrag von SPD, FWG und B90/Die Grünen vom 09. Februar 2007
Drucksache 53/2007

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) verweist auf eine Absprache im Ältestenrat, wonach die antragstellenden Fraktionen bitten, den Antrag heute nicht zur Abstimmung zu stellen, sondern im Geschäftsgang zu belassen, weil man noch Beratungen über die freihändige Vergabe seitens der Landesregierung abwarten will.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hensgen stellt fest, dass der Antrag damit im Geschäftsgang verbleibt.

Zu TOP 7

Altenhilfeplan;
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007
Drucksache 54/2007

Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU) kommt auf die Beratung des Altenhilfeplanes 2005 zu sprechen. Folgender Beschluss ist nahezu einstimmig gefasst worden:

1. Die Inhalte zur Kenntnis zu nehmen und
2. wurden den Adressaten die Empfehlungen nahegelegt, sie zu realisieren.

Wenn ein Jahr danach seine Fraktion dies wieder zum Thema macht, dann deshalb, weil man meint, dass nach der Wertschätzung der Leistungen der Arbeitsgruppe Altenhilfe es die Verfasser und die in der Altenhilfe tätigen Personen verdient haben, dass sich der Kreistag für einen Zwischenstand interessiert.

Abgeordnete Zutt (NPD) erklärt, dass sie als Altenpflegerin gegen diesen Plan stimmen wird, weil hauptsächlich nur die christlichen Einrichtungen finanziell unterstützt werden. Private Unternehmer, die Altenheime betreiben, hingegen werden nur geringfügig finanziell unterstützt. Sie sieht darin eine Ungleichbehandlung.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hensgen** über die Drucksache Nr. 54/2007 abstimmen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration in dessen Sitzung am 25. April 2007, andernfalls am 21. Juni 2007, über den Sachstand der Realisierung der im Altenhilfeplan 2005 dargestellten Empfehlungen und Anregungen in Form eines Zwischenberichts unter Nennung der Verantwortlichen bzw. Durchführenden zu berichten“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 73, Nein-Stimmen: 2, Stimmenthaltungen: 1

Damit ist der Drucksache Nr. 54/2007 mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 8

Demografische Entwicklung;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007
Drucksache 55/2007

Da von Seiten der Regierungskoalition Zustimmung zu dem Antrag mit einer kleinen Änderung signalisiert wird, verzichtet Abgeordneter **Dr. Preuschoff (CDU)** auf die Begründung des Antrages seiner Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Rompf (Bündnis 90/Die Grünen) bittet, eine kleine redaktionelle Änderung des Antrages vorzunehmen, und zwar das Wort „Abteilung“ durch das Wort „Organisationseinheit“ zu ersetzen.

„Ende der Träumereien kann man den Antrag der CDU zu demographischen Entwicklung nennen“, bemerkt **Abgeordnete Zutt (NPD)**. Warum werden die Träumereien erst jetzt beendet, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist? Der NPD war bis heute nicht bekannt, dass der CDU das Wohl des deutschen Volkes am Herzen liegt. Sie geht in ihrem weiteren Redebeitrag auf die Ursachen und Folgen der demographischen Entwicklung ein. Als Folge der 68er Generation hat eine bewusste Entwertung der Familie stattgefunden. So spricht der Bevölkerungswissenschaftler Burk, dass die Bevölkerungsentwicklung bei den Deutschen schlimmer als nach dem 30-jährigen-Krieg ist. Wenn die CDU die gesammelten Ergebnisse im Rahmen einer Vernetzung zur Verfügung gestellt haben möchte, ist dies Heuchelei. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Fehlende Geburten haben zur Folge, dass man weniger Personal im Gesundheitswesen hat, das benötigt wird. Dies gilt auch für das produzierende Gewerbe, angefangen von der Herstellung des Kinderwagens bis zur Ausstattung des Kinderzimmers. Schulen werden geschlossen, statt neue zu bauen. Dies hat zur Folge, dass auf allen Gebieten weniger Konsumenten, mehr Senioren und dadurch fehlende Renteneinnahmen zu verzeichnen sind, mit der Folge der Altersarmut. Dies haben alle Systemparteien zu verantworten. Der Antrag der CDU kann nur das eine Ziel haben, den Untergang des Deutschen Volkes zu verwalten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass **stellvertretende Kreistagsvorsitzende Hensgen** über die Drucksache Nr. 55/2007 in der leicht modifizierten Fassung abstimmen lässt.

„Der Kreistag schlägt dem Kreisausschuss vor, in einer Organisationseinheit der Verwaltung fachdienstübergreifend alle Überlegungen zu bündeln, die sich mit den möglichen Folgen der demografischen Entwicklung befassen, so dass die gesammelten Erkenntnisse als Servicedienst bei Bedarf allen Fachbereichen zur Verfügung gestellt und damit bei zukünftigen Planungs- und Durchführungsmaßnahmen berücksichtigt werden könnten (Vernetzung). Hierfür soll keine neue Planstelle geschaffen werden“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 74, Nein-Stimmen: 2, Stimmenthaltungen: 0

Damit ist der Drucksache Nr. 55/2007 mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 9

Aufstellung Vorschlagsliste zur Wahl der Ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gießen für den nächsten Kreistag
Drucksache 80/2007

Vorsitzende Müller verweist auf die Begründung der Vorlage, aus der zu entnehmen ist, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 29.01.2007 eine Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Gießen beschlossen hat. Dabei wurden versehentlich nicht alle Vorschläge zur Abstimmung gestellt, so dass der Beschluss zur Drucksache Nr. 13/2007 vom 31.01.2007 aufzuheben ist.

Sie lässt über Ziffer 1 des Beschlussvorschlages, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Der Beschluss Drucksache Nr. 13/2007 vom 31.01.2007 wird aufgehoben“.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt.

Vorsitzende Müller verweist auf den bereits vorliegenden Bewerbervorschlag, der mit Frau Doris Zutt zu ergänzen ist. Der Ältestenrat hat festgelegt, dass über alle in der Vorschlagsliste aufgeführten Bewerber einzeln abzustimmen ist, um jegliche Formfehler von vornherein auszuschließen. Sie macht darauf aufmerksam, dass für die Aufnahme in die Vorschlagsliste die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Kreistages, zumindest jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich ist. Gegenüber der vorliegenden Liste hat es noch eine weitere Änderung gegeben. Der unter Ziffer 11 aufgeführte Bewerber Hartmut Müller ist zu streichen, dafür ist Herr Gerhard Bender, Am gelben Baum 21, 35619 Braunfels, aufzunehmen.

Vorsitzende Müller richtet die Frage an den Kreistag, ob es außer den genannten Bewerbern noch weitere Vorschläge gibt.

Da Vorschläge nicht genannt werden, lässt **Vorsitzende Müller** alsdann über jeden Bewerber auf der Liste einzeln abstimmen. (Die Liste mit den Bewerbern und dem Abstimmungsergebnis ist als Anlage Nr. 2 beigefügt).

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt **stellvertretende Kreistags-vorsitzende Hensgen** die Kreistagssitzung mit der Bemerkung, dass der ursprünglich vorgesehene Fortsetzungstermin am 09. März entfällt.

Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende

Norbert Grygar
Schriftführer

,Drucksache Nr.
Drucksache 59/2007

Mitteilungsvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	12.3 Kostenrechnung, Zentrales Controlling	12.3/12.0 - ch/dk	FBL 1, FBL 2, FBL 3, FBL 4, 10, 12, 12.2, 12.3, 14, 15.1

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-02-21 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00		
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zur Kenntnis genommen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

1. geheftet

Entwurf Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan;

hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden

1 INHALT DER MITTEILUNG

Der als **Anlage** beigefügte Bericht zum Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises zum Entwurf des Haushaltsplans 2007 vom 13.02.2007 wird zur Kenntnis genommen.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

Keine

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

Keine

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

Keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Keine

2.5 Befristung der Regelung/en

Entfällt

3 BEGRÜNDUNG

Nach § 20 HKO haben Kreistag und Kreisausschuss den Gemeindevorständen kreisangehöriger Gemeinden, die durch Maßnahmen des Landkreises besonders berührt werden, vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Erweitert und konkretisiert wird diese Verpflichtung durch Ziff. 10 der vom Hessischen Innenminister festgelegten und an die Aufsichtsbehörden adressierten „Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden“ (StAnz. 34/2005, S. 3261). Danach ist künftig „... bei defizitären Kreishaushalten (...) den Kreisen ein Anhörungsverfahren der Kommunen zwingend aufzugeben. Vor Beratung und Beschlussfassung der Kreishaushalte im Kreistag ist diesem das Ergebnis der Anhörung mitzuteilen.“

Mit Schreiben vom 15.01.2007 hat die Verwaltung allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden den vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Entwurf der Haushaltssatzung 2007 mit Haushaltsplan sowie den Entwürfen des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2006 – 2010 und des Haushaltssicherungskonzepts 2007 übersandt und ihnen die Möglichkeit gegeben, hierzu Stellung zu nehmen.

Das Ergebnis der Anhörung sowie eine dazu abgegebene Erwiderung der Verwaltung ist dem als **Anlage** beigefügten Bericht zu entnehmen.

Nach der bezeichneten Leitlinie sind die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden dem Kreistag vor der Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung vorzulegen.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat

Ergebnis der Anhörung

**der Städte und Gemeinden des
Lahn-Dill-Kreises zum Entwurf des
Haushaltsplans 2007 des
Lahn-Dill-Kreises**

mit Stellungnahme der Verwaltung

Stand: 13.02.2007



Berichterstatter:

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Abteilung Finanz- und Rechnungswesen (12)

1. Einleitung

Nach § 20 HKO haben Kreistag und Kreisausschuss den Gemeindevorständen kreisangehöriger Gemeinden, die durch Maßnahmen des Landkreises besonders berührt werden, vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Erweitert und konkretisiert wird diese Verpflichtung durch die Ziffer 10 der vom Hessischen Innenminister festgelegten und an die Aufsichtsbehörden adressierten Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden (StAnz. 34/2005, S. 3261). Danach ist künftig „... bei defizitären Kreishaushalten (...) den Kreisen ein Anhörungsverfahren der Kommunen zwingend aufzugeben. Vor Beratung und Beschlussfassung der Kreishaushalte im Kreistag ist diesem das Ergebnis der Anhörung mitzuteilen.“

Mit Schreiben vom 15.01.2007 hat die Verwaltung allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden den vom Kreisausschuss am 10.01.2007 festgestellten Entwurf der Haushaltsatzung 2007 mit Haushaltsplan zur Stellungnahme übersandt.

Mit dem Haushaltsplan wurden den Städten und Gemeinden ferner die vom Kreisausschuss ebenfalls am 10.01.2007 beschlossenen Entwürfe des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2006 bis 2010 und des Haushaltssicherungskonzepts – Fortschreibung 2007 - zur Unterrichtung zugeleitet.

2. Ergebnis der Anhörung

Die innerhalb der erbetenen Antwortfrist - 09.02.2007 - eingegangenen Stellungnahmen der Städte und Gemeinden sind diesem Bericht als **Anlage** beigefügt. Eingegangen ist lediglich eine Stellungnahme der Stadt Aßlar.

Im Unterschied zum Anhörungsverfahren beim letztjährigen Haushalt wurde zum Haushaltsentwurf 2007 keine gemeinsame Stellungnahme seitens der Kreisversammlung Lahn-Dill des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB) abgegeben.

3. Wesentliche Positionen der Gemeinden und Erwidern der Verwaltung

Zu den einzelnen Punkten der Stellungnahme der Stadt Aßlar ist aus Sicht der Verwaltung folgendes anzumerken:

Zu 1. Allgemeine Entwicklung der Haushaltssituation und der Kassenkredite

Der Stadt Aßlar ist zuzustimmen, dass sowohl das planmäßige Defizit des Haushaltsjahres 2007 als auch die derzeit erkennbare mittelfristige Entwicklung immer noch be-

sorgniserregend sind. Auch wenn es möglich war, den Fehlbedarf gegenüber dem Planergebnis des Vorjahres um rund 7,5 Mio. € zu senken, und die wirtschaftliche Erholung zumindest für 2008 sich grundsätzlich fortsetzen und stabilisieren dürfte, kann dies noch nicht als Entspannung der wirtschaftlichen Situation gewertet werden.

Allerdings enthält sich die Stadt ABlar eines konkreten Vorschlags, wie die wirtschaftliche Misere des Landkreises soweit wieder in den Griff zu bekommen ist, dass eine Finanzierung des *laufenden* Zahlungsmittelbedarfs aus Kassenkrediten nicht mehr erforderlich ist.

Dieses würde zunächst voraussetzen, dass das (zahlungswirksame) Jahresergebnis so hoch ausfällt, dass hieraus die ordentliche Tilgung von Krediten bedient werden kann. Eine solche Verbesserung, die für 2007 dann voraussichtlich rund 24 Mio. € betragen müsste, kann nur schrittweise und durch massive und nachhaltige Kostensenkungen und/oder Erlösverbesserungen erreicht werden.

Zusätzlich müsste durch Zahlungsmittelüberschüsse des lfd. Ergebnisses in den künftigen Perioden auch der *bisher aufgelaufene* und in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an kurzfristigen Verbindlichkeiten zurückgeführt bzw. getilgt werden.

Für eine Konsolidierung der Kreisfinanzen in diesem Umfang sind derzeit keine Potenziale ersichtlich und von der Stadt ABlar auch nicht benannt worden.

Bei Beibehaltung des Status quo hinsichtlich der dem Kreis obliegenden Aufgaben und des daraus folgenden Ressourcenabflusses einerseits und der derzeitigen Finanzierungsstruktur des Kreises andererseits würde auch eine neue Planung keine anderen Ergebnisse zeitigen.

Über die Genehmigungsfähigkeit des Kreishaushalts muss die Aufsichtsbehörde befinden.

Zu 2. Verteilungseffekte im KFA 2007; keine ordnungsmäßige Finanzierung

Von der Stadt ABlar wird beanstandet, dass beim Lahn-Dill-Kreis trotz der Verbesserungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2007 bei Kreis- und Schulumlage und Schlüsselzuweisungen sowie der LWV- und Krankenhausumlage gegenüber den für das Jahr 2006 geltenden Grundlagen in Höhe von rund 20,7 Mio. € sich per Saldo nur rund 7,5 Mio. € ergebnisverbessernd niederschlagen.

Wesentliche Mehrbelastungen, die dem positiven Trend zuwiderlaufen, sind:

	Konten- gruppe	Mio. €
Verlust bei besonderen Finanzaufwendungen (KFA)	59	1,6
Mehraufwand im Bereich Sach- und Dienstleistungen	60/61	4,1
<i>davon:</i>		
<i>Kommunaler Finanzierungsanteil ARGE</i>		<i>1,6 Mio. €</i>
<i>Energiekosten Schulen</i>		<i>1,5 Mio. €</i>
<i>bauliche Instandhaltung Schulen</i>		<i>0,4 Mio. €</i>

	Konten- gruppe	Mio. €
<i>Beratungsleistungen für PPP-Projekt</i>		0,3 Mio. €
<i>Projekt "Organisationsuntersuchung"</i>		0,3 Mio. €
Mehraufwand bei Zuweisungen und Zuschüssen	79	3,4
<i>davon Aufwendungen für Hochwasserhilfe</i>		3,1 Mio. €
Mehraufwand Transferleistungen	78	8,8
<i>davon:</i>		
<i>Abt. 31 (Bildung und Liegenschaften)</i>		0,3 Mio. €
<i>Abt. 32 (Kinder- und Jugendhilfe):</i>		2,0 Mio. €
<i>Abt. 41 (Soziales und Integration):</i>		6,5 Mio. €
Summe		17,9

Dass der eindeutig größte Anteil der Verbesserungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2007 für den Landkreis auf die erheblich gestiegenen Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zurückzuführen ist, ist unbestritten. Gleichzeitig sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Städte und Gemeinden aufgrund der ganz überwiegend kräftig angestiegenen Steuereinnahmen auch eine höhere Steuerkraft haben.

Zudem profitieren die Städte und Gemeinden über ihren Anteilsatz an der Schlüsselmasse des KFA's am stärksten von den in den Steuerverbund fließenden Steuerzuwächsen des Landes. Dass einzelne Städte und Gemeinden, so auch die Stadt Aßlar, für 2007 gegenüber dem Vorjahr dennoch nur geringe oder gar gesunkene Schlüsselzuweisungen erhalten werden, ist dann wiederum nach der Systematik des KFA auch auf die erhebliche gestiegene Steuerkraft der betroffenen Kommunen zurückzuführen.

Den Zuwächsen des Landkreises aus Umlagen und Schlüsselzuweisungen stehen allerdings auch Einnahmeverluste durch die Umschichtung von Mitteln des Sozialhilfelausgleichs und des kompletten Ansatzes der Zuweisung für überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zu Gunsten der neuen Zuweisung zur Freistellung von Kindergartenbeiträgen und zum Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren („Bambini-Programm“) gegenüber. Beide Zuweisungen erfolgen damit überwiegend aus den Mitteln, die hauptsächlich den Landkreisen entzogen wurden. Dabei haben diese noch nicht einmal die Einnahmeausfälle verkraftet, die in Folge der Änderungen im KFA der Jahre 2005 und 2006 eingetreten sind: Die Kürzungen des Sozialhilfelausgleichs, des Arbeitslosenansatzes und der Schlüsselzuweisungen in Höhe von zusammen 92 Mio. € gingen mit rund 52,5 Mio. € überproportional zu ihren Lasten.

Durch die Aufstockung der Schulbaupauschale und der allgemeinen Investitionspauschale fließen den Kreisen in 2007 zwar wieder annähernd die Mittel zu, die ihnen für die beiden neuen Bedarfszuweisungen verloren gingen. Allerdings wirken diese sich teilweise bzw. ausschließlich auf die Investitionsfinanzierung aus, mithin wirken sie auf das laufende Ergebnis nur indirekt (über den verminderten Zinsaufwand) und zeitversetzt entlastend.

Die auch durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen eingetretene Stärkung der Ertragssituation der Landkreise war deshalb ein längst fälliger Schritt, damit einem weiteren Anwachsen der dramatisch aufgelaufenen Fehlbeträge entgegengewirkt werden kann. Erst wenn noch weitere durchgreifende Verbesserungen durch den Abbau von kosten-trächtigen Leistungen und Standards eintreten, besteht eine Chance, dass die Landkreise ihre Haushalte ausgleichen und ihre Aufgaben nicht mehr über Kassenkredite finanzieren

müssen. Diese Verbesserung liegt auch und gerade im Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die die Finanzlasten der Kreise letztlich weitgehend zu tragen haben.

Der Umstand, dass von den Verbesserungen des Finanzausgleichs 2007 nur ein kleinerer Teil effektiv ankommt, ist im Übrigen kein isoliertes Problem des Lahn-Dill-Kreises, sondern nach derzeitigem Erkenntnisstand der Verwaltung auch bei anderen Landkreisen (z. B. Landkreis Gießen) der Fall.

Zu 3. Keine Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes aus sonstigen Gründen

Die im Entwurf des Kreishaushalts 2007 vorgesehene Anhebung des Hebesatzes der Kreisumlage um 0,25 v. H., die zur teilweisen Deckung des immer noch zu erwartenden Jahresfehlbedarfs von über 22 Mio. € vorgesehen ist, hält der Kreisausschuss für angemessen und erforderlich.

Der von der Stadt ABlar zitierte Erlass des Hessischen Innenministeriums (HMdluS) vom 27.10.2006 ist nur so zu interpretieren, dass die Aufsichtsbehörden mit Rücksicht auf die erheblich gestiegenen Umlagegrundlagen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens dem Landkreis keine Erhöhung des Hebesatzes auferlegen dürfen. Die Kreise sind aber, dies wurde von der Kommunalabteilung des HMdluS zuletzt am 14.12.2006 im Rahmen der Sitzung des Finanzausschusses des Hessischen Landkreistages mündlich erläutert, hierdurch nicht gehindert, im Rahmen der Haushaltsplanung nach pflichtgemäßem Ermessen selbst zu entscheiden, ob eine Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes erforderlich ist. Bei der Entscheidung muss u. a. auch die Höhe des verbleibenden Defizits berücksichtigt werden.

Zu 4. Unzulässigkeit der mittelfristige Planung

Die in der mittelfristigen Ergebnis – und Finanzierungsplanung (Anlage 6.4.2 zum Haushaltsplan, Seite 6-55) dargestellte Erhöhung bezieht sich nur auf das in der Mittelfristplanung vorgesehene Wachstum der Kreisumlagegrundlagen. Gegenüber den in den Orientierungsdaten empfohlenen Steigerungsraten – von 2008 bis 2010 insgesamt 10,5 % - wurde unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und einer vorsichtigeren Erwartung der Steuerentwicklung nur ein Wachstum von insgesamt 6,5 % unterstellt.

Eine Veränderung des Hebesatzes der Kreisumlage ist in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzierungsplanung nicht vorgesehen.

Entgegen der Darstellung der Stadt ABlar ergibt sich aus der Landesverfassung nach Auffassung des Kreises keine dezidierte Schranke für die Hebesätze der Kreisumlage, deren Überschreitung eine unzulässige Verletzung der Finanzkraftgarantie der Städte und Gemeinden darstellen würde.

Mithin ist auch keine Rechtsverletzung bei der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2006 bis 2010 erkennbar.

Zu 5. Haushaltssicherungskonzept nicht ausreichend, freiwillige Leistungen

Im Entwurf der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts für das Jahr 2007 sind die aus Sicht des Kreisausschusses nach derzeitigem Erkenntnisstand und der politischen Willensbildung machbaren Konsolidierungspotenziale dargestellt. Es liegt nunmehr am Kreistag als Souverän, dieses Konzept zu diskutieren, zu verändern oder es um entsprechende Prüfungsaufträge an den Kreisausschuss zu ergänzen.

Die Kritik der Stadt Aßlar, bei den Personalkosten werde entgegen der Aufforderung des Regierungspräsidiums von Steigerungen ausgegangen, trifft nicht zu. Die im Gesamtergebnishaushalt ausgewiesenen Personalaufwendungen liegen mit 31.728.192 € um knapp 138 T€ unter dem Planwert für das Jahr 2006. Dass trotz Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen die Kosten rückläufig sind, ist vor allem auf die seit Jahren erfolgte Reduzierung der Planstellen um 2 % und der tatsächlich besetzten Stellen um 1 % (jeweils gegenüber dem Vorjahr) zurückzuführen. Entsprechende Vorgaben des RP in den Haushaltsgenehmigungen seit 2004 wurden und werden bislang durch den Landkreis erfüllt. Allerdings ist – bei unveränderten Aufgaben/Leistungen - die Grenze der verantwortbaren Kürzungsmöglichkeiten im Personalbereich erreicht.

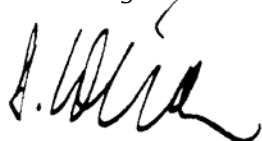
Die vom Lahn-Dill-Kreis wahrgenommenen sog. freiwilligen Aufgaben sind, der Auflage Nr. 7 zur Haushaltsgenehmigung für 2006 folgend, in den einzelnen Teilhaushalten (Kap. 5.3) nach Produkten gegliedert und einzeln mit Beträgen aufgeführt. Eine Zusammenstellung dieser Leistungen wird der Stadt Aßlar wunschgemäß zugeleitet.

allgemein Missachtung des Konnexitätsprinzips auf Kreisebene

Sofern nach Auffassung der Stadt Aßlar in sinngemäßer Anwendung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung (Art. 137 Abs. 6 HV) der Landkreis eine „Bestellerfunktion“ hat, trifft dies so nicht zu. Die weitaus überwiegenden Aufgaben des Landkreises sind gesetzlich definiert, es besteht also, von den geringfügigen freiwilligen Leistungen abgesehen, keine Entscheidungshoheit seitens der Kreisgremien. Ferner sind die Städte und Gemeinden zwar die überwiegenden, nicht aber die alleinigen Finanziers des Kreises.

Wetzlar, den 13.02.2007

Im Auftrag:



Kröckel

Anlage

Schreiben des Magistrates der Stadt Aßlar vom 07.02.2007



An den
Kreisausschuss des
Lahn-Dill-Kreis
Abtlg. Finanz- und Rechnungswesen
Postfach 1940
35573 Wetzlar

1. C1 + 15.01.07

2. Cuf 12.3.

06.02.07

07. Februar 2007

Zusammenarbeit zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden gem. § 20 HKO; Anhörung zum Haushaltsentwurf

Sehr geehrte Damen und Herren.

in der vorbezeichneten Angelegenheit bedanken wir uns für den mit Schreiben 15. 01. 2007 versandten Haushaltsplanentwurf.

Der Magistrat der Stadt Aßlar hat in seiner Sitzung vom 05.02.2007 beschlossen, hierzu wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Bei einem Gesamtvolumen von rd. 229 Mio. € endet der vorgelegte Haushaltsplanentwurf mit einem geplanten Defizit von rd. 23 Mio. €, diese Summe soll aus Kassenkrediten finanziert werden.

Wie diese Kredite, die seit 2002 ständig anwachsen und die sich ausweislich der Planung des Kreises bis zum Jahr 2010 auf rd. 200 Mio. € häufen werden, jemals zurück gezahlt werden können, ist nicht ersichtlich.

Der Haushaltsplanentwurf endet mithin mit einer Finanzierungslücke von mehr als 10 % des laufenden Finanzbedarfs, die ihrerseits nicht seriös finanziert werden kann.

Eine solche Lücke in einem gemeindlichen Haushalt würde dazu führen, dass die Finanzaufsicht des Kreises diesen Haushalt nicht genehmigen würde.

Wenn für die Städte und Gemeinden die selben Regeln wie für den Kreis gelten, kann der vorgelegte Haushaltsplan nicht genehmigungsfähig sein.

2. Auf Grund geänderten kommunalen Finanzausgleichs hat der Lahn-Dill-Kreis im Jahre 2007 gegenüber dem Jahre 2006 bei der Summe der Kreis- und Schulumlage rd. 14 Mio. € und bei den Kreisschlüsselzuweisungen rd. 4,3 Mio. € Mehreinnahmen.

Gleichzeitig erfolgt eine Entlastung bei den LWV- und Krankenhausumlagen um annähernd 2,4 Mio. €, so dass insgesamt rd. 20,7 Mio. € als Verbesserung erscheinen.

Rd. 90 % dieser Verbesserung haben die Städte und Gemeinden getragen.

Ungeachtet dessen ist der Kreis nicht in der Lage, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen.

Im Gegenteil: Unter Berücksichtigung aller Aufwendungen bleiben von der von den Gemeinden und Städten aufgebrauchten Summe lediglich 7,5 Mio. € "übrig".

Wenn selbst nach der zitierten Änderung des kommunalen Finanzausgleichs und in einem konjunkturellen Hoch, d. h. bei außergewöhnlich hohen Steuereinnahmen die Mittel nicht ausreichen, kann nicht von einer ordnungsgemäßen Finanzplanung ausgegangen werden.

3. Die vorgesehene weitere Erhöhung der Kreisumlage um 0,25 % ist abzulehnen.
Alleine die Änderung der Kreisumlagegrundlage durch das Land Hessen haben zu einer faktischen Erhöhung von mehr als 2,7 %Punkten geführt.

Nach unserem Erkenntnisstand sind die Regierungspräsidenten bereits mit Erlass des Innenministers vom 27.10.2006 angewiesen worden, vor dem o. a. Hintergrund für das Haushaltsjahr 2007 keine weiteren Erhöhungen einzufordern.

Ungeachtet dessen wird im Vorbericht des Haushaltsplanes auf die vor der Änderung des kommunalen Finanzausgleichs und vor dem zitierten Erlass erfolgte Verfügung des Regierungspräsidenten hingewiesen.

4. Bemerkenswert erscheint, dass der Lahn-Dill-Kreis in seiner mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung von 2006 bis 2010 davon ausgeht, auch in den kommenden Jahren neue Kassenkredite in insgesamt dreistelliger Millionenhöhe aufnehmen zu wollen.

Die gleichzeitig geplante Steigerung der Kreisumlagen von 2008 bis 2010 um insgesamt 6,5 %Punkte ist nach bisherigen Aussagen des für den Lahn-Dill-Kreis zuständigen Regierungspräsidenten unzulässig, da sie gegen die in der Landesverfassung verankerte

Finanzgarantie der Kommunen – hier der Städte und Gemeinden – verstößt. Die mittelfristige Finanzplanung dürfte danach ebenfalls unzulässig sein.

5. Der vorgelegte Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept des Lahn-Dill-Kreises enthält keine ausreichenden Aussagen.

Offensichtlich ist es dem Kreis auch nicht gelungen, die Auflagen des Regierungspräsidiums für das Haushaltsjahr 2006 hinsichtlich der Einsparung von 3 Mio. € (dies entspricht rund 1,35 % des HH-Volumens) zu erfüllen.

Wie zukünftig effektiv eingespart werden soll, wird nicht deutlich. Entgegen aller Ankündigungen und Aufforderungen des RP wird dem gegenüber von steigenden Personalkosten ausgegangen.

Wirklich ernstgemeinte Sparbemühungen, wie sie von Städten und Gemeinden Tag täglich verlangt werden, vermögen wir in der Planung des Lahn-Dill-Kreises nicht zu erkennen.

Für die Städte und Gemeinden, die schließlich die Zeche zu zahlen haben werden, dürfte aber entscheidend sein, welche Einsparpotentiale seitens des Kreises bestehen; mit anderen Worten, welche freiwilligen Leistungen durch den Kreis zur Zeit noch übernommen werden.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns eine entsprechende Auflistung nachreichen könnten.

Zusammenfassend ist anzumerken, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf – wenn er von einer Stadt oder Gemeinde im Kreisgebiet stammen würde – von der Finanzaufsicht des Kreises nicht genehmigt würde, da er den Anforderungen des geltenden Haushaltsrechts nicht genügt.

Und dies zu recht, denn seit 2002 schnappt (auch) über dem Lahn-Dill-Kreis eine wahre Schuldenfalle mit Macht zusammen.

Bei allem Verständnis für die finanziellen Nöte nahezu aller Landkreise in Hessen sehen wir uns doch genötigt, als eine der Städte und Gemeinden, die einen Löwenanteil der Kosten zu schultern haben, eine Haushaltsplanung unseres Landkreises einzufordern, die realistisch und zugleich finanzierbar erscheint.

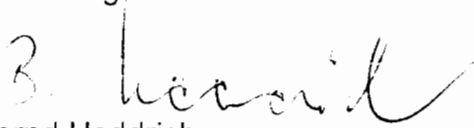
Diesen Anforderungen genügt der vorgelegte Entwurf u. E. nicht.

Erst unlängst hat Herr Landrat Schuster unter Bezugnahme auf das Konnexitätsprinzip des Landes erklärt, dass auch im Kreis der Satz "wer bestellt, bezahlt" gelten müsse.

Wir begrüßen und unterstützen diese Einstellung, stellen aber fest, dass der vorgelegte Planentwurf diesen Anforderungen nicht genügt, denn Besteller ist allein der Landkreis, zahlen sollen allein Städte und Gemeinden und damit die Bürgerinnen und Bürger.

Wir möchten daher die zuständigen Gremien des Lahn Dill Kreises bitten, vor dem dargelegten Hintergrund eine grundlegende Überarbeitung des Haushaltsplanes vorzunehmen.

Mit freundlichem Gruß
im Auftrag:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Heddrich', written in a cursive style.

Bernd Heddrich
Magistratsoberrat

Drucksache
Nr.

Drucksache 47/2007

Beschlussvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	12.1 Finanzdisposition	12.1 bs/dk	12, 12.1,12.2,12.3,12.3,14,

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreisausschuss	2007-02-07 00:00:00		
Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss	2007-02-28 00:00:00		
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zugestimmt	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

Verfügung RP Gießen vom 5. September 2006
Stellungnahme RP Gießen per E-Mail vom 8.12.2006

Kreditvertragliche Fixierung eines weiteren Kassenkredites als Kommunalkredit über insgesamt 30 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren und Grundsatzbeschluss über weitere Absicherung bestehender Kassenkredite

1 BESCHLUSS

- Der Kreistag genehmigt die Aufnahme folgender Kassenkredite als Kommunalkredite jeweils mit einer Laufzeit von 5 Jahren:
Vertrag vom 14. 11. 2006 über **17 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,809 %,
Vertrag vom 29. 11. 2006 über **13 Mio. €** zu einem Festzinssatz von 3,789 %.
- Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, weitere Beträge bis zur Höhe der in der Haushaltssatzung genehmigten Höchstbeträge der Kassenkredite als Basisliquidität

liquiditäts- und zins zusichern, soweit die Vertragslaufzeit über das laufende Haushaltsjahr hinausgeht und die Aufsichtsbehörde keine Einwände erhebt.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

zu a) keine

zu b) keine Absicherung und damit Risiko, dass die Liquidität gefährdet ist und erhöhte Zinsen anfallen.

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

s. Begründung

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

keine

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

keine

2.5 Befristung der Regelung/en

keine

3 BEGRÜNDUNG

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.2006 (Drucksache 296/2006) folgenden Beschluss einstimmig gefasst:

„Der Kreisausschuss stimmt zu und ermächtigt den Landrat, zur Sicherung der Basisliquidität und Erlangung einer Zinssicherung einen weiteren Anteil der derzeit valutierenden Kassenkredite von bis zu 30 Mio. € als Kommunalkredit mit einer Laufzeit von bis zu 5 Jahren aufgrund vorausgegangener Ausschreibung gem. der Vergaberichtlinien des Lahn-Dill-Kreises aufzunehmen. Liquiditäts- und Zinssicherung können getrennt erfolgen.“

Die Entscheidung erfolgte zur Sicherstellung der laufenden Zahlungsfähigkeit des Kreises gem. § 114m Abs. 1 HGO.

Die Drucksache 296/2006 wurde vom Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss in der Sitzung am 05.12.2006 und vom Kreistag in der Sitzung am 11.12.2006 zur Kenntnis genommen. Für die Festschreibung eines mittelfristig bestehenden Sockelbetrages an Kassenkrediten, die zur Liquiditäts- und Zinssicherung über das jeweilige Haushaltsjahr hinweg erfolgt, ist auch nach Auffassung der Aufsichtsbehörde ein Kreistagsbeschluss rechtlich nicht erforderlich (vgl. hierzu die in der Kreistagsitzung am 11.12.2006 verteilte Stellungnahme des Regierungspräsidiums Gießen vom 08.12.2006).

Durch Herrn Landrat Schuster wurde in der Sitzung des Kreistages am 11.12.2006 im Interesse eines breiten Konsenses dennoch eine Beschlussvorlage für den Kreistag angekündigt, die hiermit vorgelegt wird.

Aufgrund der Beschlussfassung des Kreisausschusses vom 09.11.2006 wurde in zwei kurz aufeinander folgenden Zeitabständen die Ausschreibung vorgenommen, da sich der 5-Jahres-Festzinssatz auf einem sehr niedrigen Niveau bewegte und der 1-Monats-Euribor täglich anstieg, und die Prognosen zu diesem Zeitpunkt dahingingen, dass sowohl der 1-Monats-Euribor als auch der Festzinssatz ansteigen. Dies hat sich bestätigt. So sind in der Zeit vom 15.11.2006 bis zum 30.01.2007

- der 1-Monats-Euribor von 3,38 % auf 3,61 % und
- der 5-Jahres-Zinssatz von 3,84 % auf 4,22 % angestiegen.

Nach den jüngsten Verlautbarungen der EZB und der Einschätzung vieler Marktteilnehmer ist damit zu rechnen, dass die EZB im Februar, spätestens aber im März 2007 den Leitzins erneut von 3,50 % auf 3,75 % erhöhen wird. Das bedeutet, dass sich der 1-Monats-Euribor dann zwischen 3,85 % und 3,90 % bewegen wird. Da die Geschäfte aufgrund des KA-Beschlusses bereits rechtsverbindlich unterzeichnet sind, ist eine Grundsatzbeschlussfassung – analog KA-Beschluss vom 09.11.2006 – für die im Beschlussvorschlag dargestellten Verträge nicht mehr möglich, sondern die Geschäfte sind zu genehmigen.

Bezüglich der Festlegung der Laufzeiten für die Absicherung der Basisliquidität wurde die mittel- und langfristige Finanzplanung zugrunde gelegt.

zu b) des Beschlussvorschlages

Sowohl der Geldmarktzins (variabel/Euribor) als auch der Kapitalmarktzins (Festzins) sind sehr schwankend. Um die Niedrigzinsphasen, die seit Einführung des Kreditportfoliomanagements oft nur 1 Woche anhielten, zur Zinersparnis über einen längeren Zeitraum nutzen zu können, ist dieser Grundsatzbeschluss geboten. Bei der Festlegung der Laufzeiten wird die mittelfristige- und langfristige Finanzplan und die Zinskurve mit berücksichtigt.

Die kreditvertragliche Bindung von weiteren Kassenkredittranchen über die Jahresfrist hinaus ist Voraussetzung dafür, eine längerfristige Zinssicherung über Finanzderivate einsetzen zu können. Ferner ist – je nach Marktlage – nur dann eine alternative Zinsfestschreibung im Kapitalmarktbereich (Festzinsdarlehen) möglich.

Die mittel- bis langfristige Fixierung von Kassenkrediten kommt naturgemäß nur dann und insoweit in Betracht, als es sich hierbei nach einer sachgerechten Prognose aufgrund der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung um einen ergänzenden Sockelliquiditätsbedarf (Basisliquidität) handelt.

Ob dies der Fall ist und welche Bindung bzw. Absicherung konkret erfolgt, wird durch den vom Kreisausschuss eingesetzten Kreditportfoliobeirat diskutiert und einvernehmlich festgelegt. Er bestimmt dann auch den Rahmen für den Einsatz von Zinssteuerungsinstrumenten (Derivate). Die endgültige Entscheidung wird dann durch die Verwaltung oder, soweit gesetzlich erforderlich, durch den Kreisausschuss getroffen.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat



Kreisausschuss
des Lahn-Dill-Kreises
Eing.: 08. SEP. 2006
Abt.: Az.: *12/19*

E112
3. Sep. 2006
14.5

Regierungspräsidium Gießen, Postfach 100851, 35338 Gießen

Kreisausschuss
des Lahn-Dill-Kreises
Postfach 1940

35573 Wetzlar

1.1.14.11
2.1 C(12.0) / sep. 06
3.1 12.1, Fax Stoff
Wird die Kreis-
vertr. Bildung
den RP nicht
anpeilt?
14.5

Aktenzeichen
II 21 - 33 f 02 (03) 2006
Bearbeiter/in Herr Winter
Durchwahl 0641. 303-2226
Fax 0641. 303-2203
E-Mail R.Winter@rpgi.hessen.de
Ihr Zeichen 12.1 - bst/dk
Ihre Nachricht 25.07.2006

Datum *5. Sep* ~~August 2006~~

1. Ho. LR
2. Ho. AL 12

Hoppe KA evl
12.9/08

Kommunale Finanzaufsicht

hier: Absicherung des Zinsrisikos bei Kassenkrediten

Bericht vom 25.07.2006 – Az.: 12.01 – bst/dk
Verfügung vom 12.12.2005 – Az.: II 21 – 33 f 02 (03) 2005
Bericht vom 07.11.2005 – Az.: Ih/Vo

Mit o. g. Bezugsverfügung vom 12.12.2005 hatte ich mitgeteilt, dass ich aufsichtsrechtlich keine Bedenken habe einen Betrag von bis zu 50 Millionen Euro kreditvertraglich für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren zu binden wenn folgende Kriterien beachtet werden:

1. Der Gesamtbetrag der in mittel- oder längerfristige Darlehen umgewandelte Kassenkredite muss Teil eines Kreditsockels sein, der auch vorübergehend, z. B. durch außerordentliche Einnahmen wie Vermögensveräußerungen, nicht zurückgeführt werden kann. Insoweit sollte eine Laufzeitstafelung in die Prüfung einbezogen werden.
2. Der Gesamtbetrag der umgewandelten Kassenkredite ist weiterhin auf den Kassenkreditrahmen anzurechnen.
3. Die längerfristige Zinsbindung muss wirtschaftlich vertretbar sein, insoweit ist auch der Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten zu prüfen.
4. Der Abschluss der Geschäfte ist mir anzuzeigen.

Offensichtlich wurden bislang keine Geschäfte geschlossen, die mir nach Nr. 4 anzuzeigen gewesen wären.

Ich sehe aufsichtsbehördlich dann keine Bedenken, den Rahmen des umzuwandelnden Kassenkreditrahmens von 50 Mio. € auf bis zu 80 Mio. € auszuweiten, wenn die o. g. Kriterien eingehalten werden.

Beim Abschluss derivater Finanzprodukte ist darauf zu achten, dass das allgemeine Spekulationsverbot beachtet wird.

Ich gehe davon aus, dass mit der nun erfolgten Anhebung des Rahmens der Kassenkredite, deren Umwandlung in mittel- oder längerfristige Darlehen aufsichtsbehördlich unbedenklich erscheint, zumindest solange kein weiterer Handlungsbedarf besteht, solange der eröffnete Handlungsrahmen nicht durch den Abschluss entsprechender Geschäfte ausgeschöpft wurde.

Im Auftrag



Burk

Fraktionsantrag

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
12.02.2007			FBL 1, FBL 2, FBL 3, FBL 4,

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreistag	05.03.2007	kein Beschluss gefasst	Soll im Geschäftsgang verbleiben
Kreistag	22.10.2007	mit Ergänzung beschlossen	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

Antrag von SPD, FWG und B90/Die Grünen vom 12.02.07; Tariftreueerklärung

Tariftreueerklärung bei Auftragsvergaben der Eigenbetriebe;
Antrag von SPD, FWG und B90/Die Grünen vom 09. Februar 2007

1 INHALT DES ANTRAGES

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises beschließt, dass* künftig bei der Vergabe der Aufträge der Eigenbetriebe bzw. der Gesellschaften des Lahn-Dill-Kreises die am Vergabeverfahren beteiligten Firmen und Dienstleister eine Tariftreueerklärung abgeben müssen. Ohne Vorlage einer Tariftreueerklärung der bietenden Firmen sind diese vom weiteren Fortgang der Auftragsvergabe auszuschließen.

* Ergänzung:

mit Inkrafttreten des Hessischen Tariftreuegesetzes

**Kreistagsfraktion
der SPD**

**Kreistagsfraktion
der FWG**

**Kreistagsfraktion
Bündnis 90/
Die Grünen**

Vorsitzende des Kreistages
des Lahn-Dill-Kreises
Frau Elisabeth Müller
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

Eingegangen am:

12. Feb. 2007

- Büro der Kreisorgane -

9. Februar 2007

Sehr geehrte Frau Müller,

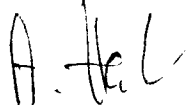
wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises möge beschließen, dass künftig bei der Vergabe der Aufträge der Eigenbetriebe bzw. der Gesellschaften des Lahn-Dill-Kreises die am Vergabeverfahren beteiligten Firmen und Dienstleister eine Tariftreueerklärung abgeben müssen. Ohne Vorlage einer Tariftreueerklärung der bietenden Firmen sind diese vom weiteren Fortgang der Auftragsvergabe auszuschließen.

Begründung:

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. Juli 2006 (AZ 1 BvL 4/00) ist das Verlangen nach Abgabe einer Tariftreueerklärung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verfassungsgemäß. Der Lahn-Dill-Kreis beachtet bereits in seinem unmittelbaren Aufgabenbereich die Möglichkeit, eine Tariftreueerklärung von Bietern im öffentlichen Vergabeverfahren einzufordern und zur Grundlage des Vergabevorschlages zu machen. Wir wollen erreichen, dass auch in den Eigenbetrieben sowie den Gesellschaften (GmbHs) des Lahn-Dill-Kreises (GWAB, Lahn-Dill-Kliniken) bei den Vergabeverfahren für deren Aufträge von den Anbietern eine Tariftreueerklärung abgegeben wird.

Mit freundlichem Gruß



Anke Hartmann
Vorsitzende der
SPD-Kreistagsfraktion



Jörg Ludwig
Vorsitzender der
FWG-Kreistagsfraktion



Manfred Rompf
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache Nr.
Drucksache 54/2007

Fraktionsantrag

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019			FBL 4; 40, 41

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zugestimmt	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

Altenhilfeplan;
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007

1 INHALT DES ANTRAGES

(siehe Anlage)

CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Frau
Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende
Kreishaus
Karl-Kellner-Ring 51

35576 Wetzlar

Eingegangen am:
12. Feb. 2007
- Büro der Kreisorgane -

08.02007 I/La

Antrag – Altenhilfeplan

Sehr geehrte Frau Müller,

ich möchte Sie bitten, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration in dessen Sitzung am 25. April 2007, andernfalls am 21. Juni 2007, über den Sachstand der Realisierung der im Altenhilfeplan 2005 dargestellten Empfehlungen und Anregungen in Form eines Zwischenberichts unter Nennung der Verantwortlichen bzw. Durchführenden zu berichten.

Begründung:

Der Altenhilfeplan 2005 enthält eine Fülle von für die Altenhilfe im LDK wegweisende Anregungen und Empfehlungen. Für diese wertvolle Arbeit hat die Arbeitsgruppe Altenhilfe den verdienten Dank und die Anerkennung des Kreistags erhalten.

Im Altenhilfeplan 2005 sind im Kapitel 4 „Zusammenfassende Empfehlungen“ zur Weiterentwicklung der Altenhilfe gemacht worden. Bei einigen dieser Empfehlungen ist allerdings der Adressat, bei anderen ist die empfohlene oder angeregte Maßnahme nicht zweifelsfrei erkennbar. Aber auch im Kapitel 3 sind Maßnahmen empfohlen worden, die im zusammenfassenden Kapitel 4 nicht wieder aufgegriffen worden sind. Es erscheint aus Sicht des Kreistags vorteilhaft, zur „Halbzeit“ vor der Vorlage des Altenhilfeplans 2007 einen Sachstandsbericht über den Grad der Realisierung der Empfehlungen als Zwischenbericht zu erhalten, der auch die Adressaten der Empfehlungen als Verantwortliche konkret benennt, um voraussehbare spätere Irritationen zu vermeiden.

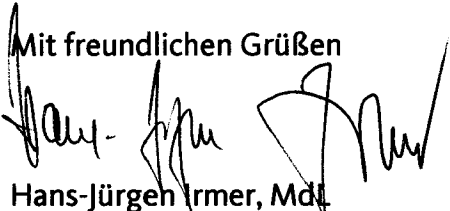
..2

CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Seite 2 Antrag - Altenhilfe

Es ist bekannt, dass die zur Stellungnahme zum Entwurf des Altenhilfeplans eingeladenen Kommunen und Institutionen über die Feiertage des Jahreswechsels 2005/2006 nur wenig Zeit hatten, ihre Stellungnahme zu erarbeiten, so dass einige Stellungnahmen zu spät beim Kreisausschuss eingegangen sind und daher auch nicht mehr bei der Verabschiedung des Altenhilfeplans berücksichtigt werden konnten. Es ist daher für den Kreistag bedeutsam, die in diesen Stellungnahmen enthaltenen Vorschläge und deren Bewertung durch die Verantwortlichen des LDK zur Kenntnis zu erhalten, ehe der Altenhilfeplan 2007 beraten wird.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Jürgen Irmer, MdL
Fraktionsvorsitzender

Drucksache Nr.
Drucksache 55/2007

Fraktionsantrag

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019			FBL 1, 10

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zugestimmt mit einer leichten Modifikation	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

Demografische Entwicklung;
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08. Februar 2007

1 INHALT DES ANTRAGES

(siehe Anlage)

Modifikation:

Im Beschlusstext des Antrages soll es anstatt „ in einer Abteilung der Verwaltung“ heißen: „...in einer Organisationseinheit der Verwaltung...“

CDU Kreistagsfraktion Lahn-Dill

Frau
Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende
Kreishaus
Karl-Kellner-Ring 51

35576 Wetzlar

08.02.2007 I/La

Antrag – Demografische Entwicklung

Sehr geehrte Frau Müller,

ich möchte Sie bitten, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag schlägt dem Kreisausschuss vor, in einer Abteilung der Verwaltung fachdienstübergreifend alle Überlegungen zu bündeln, die sich mit den möglichen Folgen der demografischen Entwicklung befassen, so dass die gesammelten Erkenntnisse als Servicedienst bei Bedarf allen Fachbereichen zur Verfügung gestellt und damit bei zukünftigen Planungs- und Durchführungsmaßnahmen berücksichtigt werden könnten (Vernetzung). Hierfür soll keine neue Planstelle geschaffen werden.

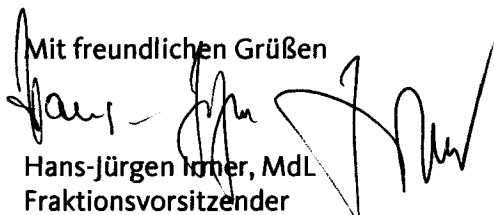
Begründung:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 29.01.07 übereinstimmend die Notwendigkeit aufgezeigt, in der Schulentwicklungsplanung die demografische Entwicklung des Lahn-Dill-Kreises zu berücksichtigen.

Die demografische Entwicklung wird sich in besonderer Weise auch auf andere Aufgabenbereiche auswirken. Beispielhaft seien hier genannt: Altenhilfeplanung, Seniorenarbeit, Kinder- und Jugendhilfe (dabei besonders Kindertagesstätten und Tagespflege), Integration ausländischer Mitbürger, Regionalentwicklung. Es kommt nun weniger darauf an, mehrere neue Einzelprojekte mit dem Zusatz „... und Demografie“ zu starten, als vielmehr bestehenden Fachbereichen, Fachausschüssen und dem Jugendhilfeausschuss die in einer Abteilung/einem Fachdienst gebündelten Erkenntnisse und Materialien den Kreistagsgremien bei Bedarf fachbezogen zur Verfügung zu stellen.

Es ist Aufgabe **jedes** Fachdienstes und jedes Ausschusses des LDK, die demografische Entwicklung des Lahn-Dill-Kreises bei jeder Planungs- und Durchführungsmaßnahme zu berücksichtigen. Dass die Dezernate fachspezifisch und eigenverantwortlich in den Fachdiensten selbst Studien zur demografischen Entwicklung auswerten und archivieren, bleibt hiervon unberührt.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Jürgen Inner, MdL
Fraktionsvorsitzender

CDU-Kreistagsfraktion Lahn-Dill . Moritz-Hensoldt-Str. 24 . 35576 Wetzlar

Tel. 06441/211843 . Fax 06441/4490331 . email kf@cdu-lahn-dill.de . internet www.cdu-lahn-dill.de

Drucksache
Nr.

Drucksache 80/2007

Beschlussvorlage

Datum	Abteilung/Dienst	Aktenzeichen	Beschlussverteiler
13.11.2019	13 Rechtsabteilung	13 Am/Fi	11.3, 13,

Gremium	Sitzungsdatum	Beschluss	Bemerkung
Kreistag	2007-03-05 00:00:00	zugestimmt	mit einer Namensänderung in der Vorschlagsliste

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- Kostenstelle/CO-Auftrag

Anlagen

1. Vorschlagsliste
2. Vorschläge

Aufstellung Vorschlagsliste zur Wahl der Ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gießen für den nächsten Kreistag

1 BESCHLUSS

1. Der Beschluss Drucksache-Nr.: 13/2007 vom 31.01.2007 wird aufgehoben.
2. Der Kreistag stimmt der Aufnahme der in der Anlage 1 genannten Personen in die Vorschlagsliste zur Wahl der Ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gießen zu.

2 ALTERNATIVEN UND KONSEQUENZEN

2.1 Alternative/n zum Beschluss/Entscheidungsvorschlag

./.

2.2 Finanzielle Auswirkungen/Folgekostenbelastungen:

./.

2.3 Auswirkungen, die Frauen anders oder in stärkerem Maße als Männer betreffen

./.

2.4 Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

./.

2.5 Befristung der Regelung/en

01.01.2007 bis 31.12.2011

3 BEGRÜNDUNG

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 29.01.2007 eine Vorschlagsliste zur Wahl der Ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Gießen beschlossen. Dabei wurden versehentlich nicht alle Vorschläge zur Abstimmung gestellt. Vorsorglich wird die Aufstellung der Vorschlagsliste daher erneut vorgenommen.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der anwesenden Mitglieder des Kreistages, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich.

Vorschläge der SPD, CDU, FWG, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der NPD liegen als Anlage 2 a) und b) bei.

Die Entscheidung ist dringlich, nach Auskunft des Verwaltungsgerichtes soll die Wahl der Richter Ende April 2007 erfolgen.

gez.

Wolfgang Schuster
Landrat

Vorschlagsliste

	Name	Vorname
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		
7.		
8.		
9.		
10.		
11.		
12.		
13.		
14.		
15.		
16.		
17.		
18.		
19.		
20.		
21.		
22.		
23.		
24.		
25.		
26.		
27.		
28.		
29.		
30.		
31.		
32.		
33.		
34.		
35.		
36.		
37.		
38.		
39.		
40.		

Vorschläge der Kreistagsfraktionen

- CDU
- SPD
- FWG
- Bündnis 90/Die Grünen
- FDP

Nr.	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Wohnort	Fraktion
1.	Gerhard	Heinz	Lindenweg 12 35708 Haiger	CDU
2.	Ullrich	Peter	Hundsborn 16 35708 Haiger	CDU
3.	Becker	Erich	Hainstraße 14, 35606 Solms	CDU
4.	Jackel	Hans	Buchenstraße 4 35745 Herborn-Seelbach	CDU
5.	Haas	Christel	Friedr.-Birkendahl-Str. 15 35745 Herborn	CDU
6.	Wollmann	Josef	Am Kramberg 23 35745 Herborn-Schönbach	CDU
7.	Geppert	Frank	Oranienstraße 23 35716 Dietzhöztal	CDU
8.	Stenger	Karl Martin	Hauptstraße 76 35716 Dietzhöztal	CDU
9.	Schmidt	Gudrun	Bahnhofstraße 3 35638 Leun	CDU
10.	Voscht	Anneliese	Eichweg 1 35638 Leun	CDU
11.	Müller	Hartmut	Postfach 128 35615 Braunfels	CDU
12.	Schommer	Ingrid	Bredastraße 1 35683 Dillenburg	CDU
13.	Janzen	Dietrich	Gürtlergasse 5 35578 Wetzlar	CDU
14.	Hoyme	Manfred	Georg-Poppe.Str. 9 35683 Dillenburg	CDU
15.	Budde	Heiko	Berliner Straße 4 35614 Aßlar	CDU
16.	Klier	Gisela	An Bracht 22 35768 Siegbach	CDU
17.	Betz	Karin-Ute	Dorfgarten 4 35759 Driedorf	SPD
18.	Zörb	Helga	Sudetenstraße 25 35625 Hüttenberg	SPD
19.	Brückmann	Harrybert	Oberdorfstraße 12 35579 Wetzlar	SPD
20.	De Ceuninck	Christine	Formerstraße 47a	SPD

			35576 Wetzlar	
Nr.	Name	Vorname	Straße, Hausnummer, Wohnort	Fraktion
21.	Lotz	Erika	Schäfergasse 3 35638 Leun	SPD
22.	Graß	Erika	Frankfurter Str. 40 35578 Wetzlar	SPD
23.	Mörchen	Christine	Steinwiese 2 35685 Dillenburg	SPD
24.	Schmidt	Sigrun Luise	Aurorastraße 4 35708 Haiger	SPD
25.	Weber	Karl Heinz	Am Kaltengrund 5 35633 Lahnau	SPD
26.	Hilk	Helene	Fahlerstraße 17 35745 Herborn	SPD
27.	Janssen	Paul Wilhelm	Pirolweg 3 35745 Herborn	SPD
28.	Schmidt	Horst	Buchwaldstr. 8 35619 Braunfels	SPD
29.	Teusch	Renate	Hasenpfad 14 35578 Wetzlar	SPD
30.	Willing	Claus	In den Lärchen 16 35756 Mittenaar	SPD
31.	Theis	Horst	Zum Wachtgipfel 17 35745 Herborn	SPD
32.	Muskat	Edith	Wetzlarer Str. 50a 35614 Aßlar	FWG
33.	Rink	Herbert	Obergasse 8 35649 Bischoffen	FWG
34.	Stahl	Walter	Westerwaldstr. 11 35641 Schöffengrund	FWG
35.	Dr. Hahn	Burghard	Am Galgenwald 29 35606 Solms	FWG
36.	Brück	Matthias	Braunfelser Str. 80 35606 Solms	FWG
37.	Borchers	Gurdrun	Hermannstraße 42 35576 Wetzlar	Bündnis 90/ Die Grünen
38.	Letzel	Knut	Hauptstraße 3 35683 Dillenburg	Bündnis 90/ Die Grünen
39.	Garotti	Dorothea	Im Höfchen 4 35745 Herborn	Bündnis 90 Die Grünen
40.	Biemer	Annette	Franzenburg 39 35578 Wetzlar	FDP